
KONJUNKTURPROGNOSE 2016 UND 2017

23. März 2016

KONJUNKTURPROGNOSE FÜR 2016 UND 2017

Der Sachverständigenrat erwartet für die Jahre 2016 und 2017 jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,5 % beziehungsweise 1,6 %. Die bisherige Prognose wird aufgrund eines etwas schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds für das Jahr 2016 leicht nach unten korrigiert.

Der moderate Aufschwung setzt sich aber fort. Er wird getragen von den inländischen Konsumausgaben. Sie spiegeln im Wesentlichen die gute Verfassung am Arbeitsmarkt und die expansive Fiskalpolitik wider. Insgesamt liegen die prognostizierten Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts oberhalb des Wachstumspotenzials. Die Auslastung der Produktionskapazitäten dürfte somit weiter zunehmen.

Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zum Jahresbeginn 2016 weisen aus Sicht des Sachverständigenrates nicht auf einen globalen Wachstumsrückgang hin. Der starke Rückgang der Bankaktien spiegelt die geringeren Profitabilitätserwartungen und eine gestiegene Marktdisziplin wider. Neben den neuen Abwicklungsregeln spielten die Erwartungen einer weiteren Lockerung der Geldpolitik eine Rolle. Der gleichzeitig zu beobachtende Anstieg der Risikoprämien auf Staatsanleihen in einigen Ländern des Euro-Raums war eine Reaktion der Märkte auf die nachlassende Reform- und Konsolidierungsbereitschaft.

Die Flüchtlingsmigration war im vergangenen Jahr etwas höher als noch im November erwartet. Verfahrensentpässe bei der Antragstellung und der Entscheidung über die Asylanträge verzögern nun die Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen. Die Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte erscheinen im Prognosezeitraum weiterhin ohne neue Schulden oder Steuererhöhungen finanzierbar.

I. INTERNATIONALE KONJUNKTUR

1. Seit der Prognose des Sachverständigenrates im Herbst 2015 kam es zu erheblichen **Turbulenzen** auf den **internationalen Kapitalmärkten**. Zunächst waren zu Jahresbeginn 2016 erneut heftige Kursrückgänge an den chinesischen Aktienmärkten sowie Kapitalabflüsse aus der chinesischen Wirtschaft zu beobachten. Gleichzeitig schwächte sich die chinesische Währung ab. Nachfolgend kam es auf anderen großen Finanzmärkten der Welt zu hohen Kursverlusten, insbesondere bei Bankaktien, einer steigenden Aktienkursvolatilität und erhöhten Renditedifferenzen von Anleihen. Diese Ereignisse ließen Sorgen über die Weltkonjunktur aufkommen. Manche Beobachter interpretierten die Turbulenzen sogar als Vorboten einer globalen Rezession.
2. Der Sachverständigenrat sieht derzeit **kaum Anzeichen für** ein solches **Negativszenario**. Zwar hat sich das Wachstum in den Schwellenländern infolge des Rohstoffpreisverfalls und struktureller Probleme merklich verringert (JG 2015 Ziffern 114 ff.). Zudem gaben die jüngsten realwirtschaftlichen Entwicklungen in den Industrieländern Anlass, die Prognosen über die Entwicklung der Weltwirtschaft leicht nach

TABELLE 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise ausgewählter Länder

Land/Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung zum Vorjahr in %							
		2015	2016 ²		2017 ²	2015	2016 ²		2017 ²
Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16 ³		Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16 ³					
Europa	32,9	1,5	1,5	(0,0)	1,7	1,6	1,2	(- 0,7)	2,0
Euro-Raum	19,8	1,6	1,5	(0,0)	1,5	0,0	0,2	(- 0,9)	1,1
Vereinigtes Königreich	4,3	2,2	2,0	(- 0,2)	1,8	0,0	0,7	(- 0,9)	1,8
Russland	2,7	- 3,7	- 1,8	(- 0,6)	0,8	15,5	8,0	(0,1)	7,4
Türkei	1,2	4,3	3,8	(0,8)	3,6	7,7	7,3	(- 0,8)	6,6
Mittel- und Osteuropa ⁴	1,8	3,5	3,2	(0,2)	3,2	- 0,4	0,2	(- 0,3)	2,0
andere Länder ⁵	3,1	2,0	1,8	(0,2)	2,0	0,4	0,8	(- 0,1)	1,3
Amerika	35,5	1,6	1,5	(- 0,3)	2,3	3,0	6,8	(2,1)	6,4
Vereinigte Staaten	25,5	2,4	2,3	(- 0,1)	2,6	0,1	1,3	(- 0,5)	1,9
Lateinamerika ⁶	3,9	1,7	1,3	(- 0,2)	2,3	17,9 ^a	43,2 ^a	(20,6)	39,3 ^a
Brasilien	3,5	- 3,8	- 4,0	(- 2,7)	0,0	9,0	9,1	(0,9)	6,4
Kanada	2,6	1,2	1,2	(- 0,2)	1,8	1,1	1,7	(- 0,3)	1,8
Asien	31,6	4,8	4,6	(- 0,1)	4,5	1,7	1,6	(- 0,2)	2,3
China	15,2	6,9	6,3	(- 0,2)	6,0	1,4	1,5	(- 0,5)	1,8
Japan	6,8	0,5	0,6	(- 0,2)	0,5	0,8	0,0	(- 0,3)	1,4
asiatische Industrieländer ⁷	3,7	2,1	2,5	(- 0,3)	2,9	0,6	1,0	(- 0,8)	1,9
Indien	3,0	7,3	7,3	(0,2)	7,4	4,9	5,1	(- 0,9)	5,7
südostasiatische Schwellenländer ⁸	2,8	4,6	5,0	(0,4)	4,8	3,3	2,8	(- 1,4)	4,1
Insgesamt	100	2,6	2,5	(- 0,1)	2,8	2,1	3,3	(0,3)	3,7
Industrieländer ⁹	67,6	1,9	1,8	(- 0,1)	2,0	0,2	0,8	(- 0,5)	1,6
Schwellenländer ¹⁰	32,4	3,9	3,8	(- 0,3)	4,4	6,2	8,6	(2,1)	8,1
nachrichtlich:									
exportgewichtet ¹¹	100	2,3	2,1	(- 0,1)	2,3
nach dem Messkon- zept des IWF ¹²	100	3,1	3,1	(- 0,2)	3,4
Welthandel ¹³		2,5	2,9	(- 0,2)	3,3

1 – Anteil des nominalen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2014 in US-Dollar aller aufgeführten Länder beziehungsweise Ländergruppen an dem nominalen Bruttoinlandsprodukt insgesamt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Differenz in Prozentpunkten. 4 – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn. 5 – Dänemark, Norwegen, Schweden und Schweiz. 6 – Argentinien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Venezuela. 7 – Hongkong, Republik Korea, Singapur und Taiwan. 8 – Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand. 9 – Asiatische Industrieländer, Euro-Raum, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 10 – Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, China, Indien, Russland und Türkei. 11 – Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2014. 12 – Gewichte nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF. 13 – Nach dem Messkonzept der OECD. a – Nachrichtlich ohne Venezuela: 2015: 8,5 %; 2016: 9,2 %; 2017: 9,2 %.

Quellen: Eurostat, IWF World Economic Outlook, nationale Statistikämter, OECD

© Sachverständigenrat | SVR-16-023

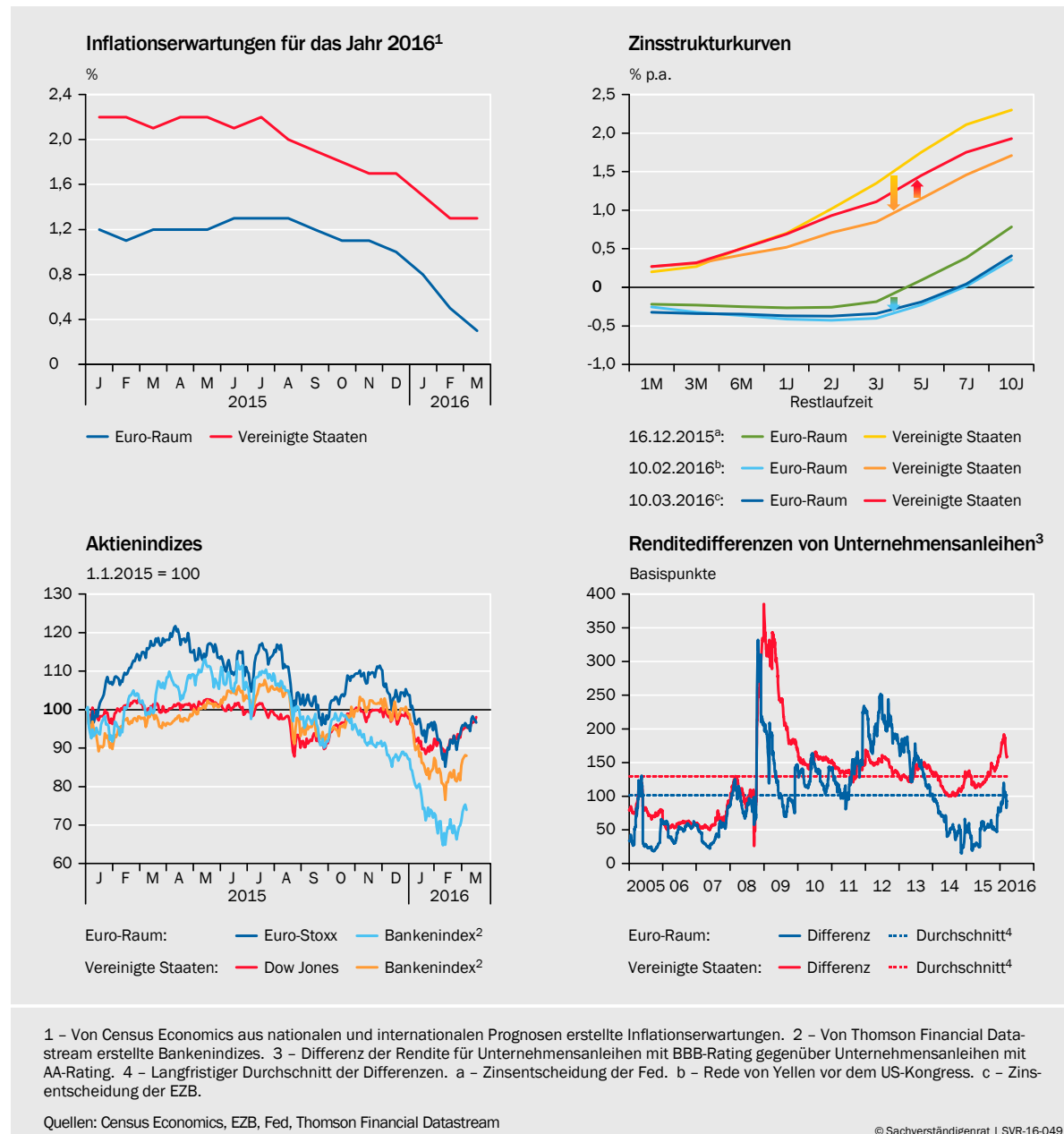
untun anzupassen. TABELLE 1 Jedoch bleibt der moderate Aufschwung in den großen Industrieländern intakt und ein länderübergreifender Abwärtstrend ist nicht zu erkennen. In der Prognose des Jahresgutachtens 2015/16 ging der Sachverständigenrat bereits von einem schwächeren Wachstum der Weltwirtschaft aus, sodass der aktuelle Revisionsbedarf gering ist.

Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat, dass die **Weltproduktion** nach einem Zuwachs von 2,6 % im Jahr 2015 in den Jahren 2016 und 2017 um 2,5 % beziehungsweise 2,8 % steigen wird. Im Einklang mit dieser Prognose wird ein Zuwachs des **Welthandels** um 2,9 % im Jahr 2016 und 3,3 % im Jahr 2017 erwartet, nach 2,5 % im Jahr 2015.

3. Ein Faktor für die Anpassung der Erwartungen dürfte in einigen Regionen der erneute **Ölpreisrückgang** sein. Seit Oktober 2015 sank der Ölpreis um weitere 30 % auf zwischenzeitlich nur noch rund 30 US-Dollar. Die von vielen Beobachtern gehegte Erwartung, der niedrige Ölpreis würde einen kräftigen, positiven Impuls für die Weltwirtschaft mit sich bringen, wurde allem Anschein nach enttäuscht (↘ [KASTEN 1](#), JG 2015 Kasten 4). Der Ölpreisverfall wirkt dämpfend auf die Inflationsrate und führt zu einem **Rückgang der Inflationserwartungen**. Die kurzfristigen Inflationserwartungen sind in allen Industrieländern seit dem Herbst 2015 kräftig gefallen. ↘ [ABBILDUNG 1 OBEN LINKS](#) Für die mittlere Frist sind die Ergebnisse allerdings weniger eindeutig. Marktbasierte Inflationserwartungen deuten hier im Vergleich zu umfragebasierten Erhebungen auf einen wesentlich stärkeren Rückgang der Inflationserwartungen hin. Jedoch ist der Informationsgehalt der marktbasierten Prognosen als geringer einzuschätzen (JG 2015 Ziffern 275 f.).
4. Im **Euro-Raum** sind die umfragebasierten Inflationsprognosen gemäß Consensus-Umfrage für das Jahr 2016 auf 0,3 % gesunken und die marktbasierten langfristigen Inflationserwartungen waren stark rückläufig. Im Januar und Februar 2016 bestärkte EZB-Präsident Draghi die Erwartungen einer weiteren geldpolitischen Lockerung (Draghi, 2016a; 2016b). ↘ [ABBILDUNG 1 OBEN RECHTS](#) In der Märzsession schließlich ging der EZB-Rat noch über die Erwartungen hinaus und beschloss eine Reihe massiver neuer Lockerungsmaßnahmen. Er senkte den Leitzins auf 0 % und den Einlagezinssatz auf -0,4 %. Zudem erhöhte er das Volumen der monatlichen Anleihekäufe um 20 Mrd Euro auf nunmehr 80 Mrd Euro und weitete das Kaufprogramm auf Unternehmensanleihen aus. Schließlich kündigte die EZB an, ab Juni 2016 mit einer neuen Reihe langfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG II) zu beginnen, die eine Laufzeit von vier Jahren haben.
5. Der besonders starke Einbruch der Bankaktien im Februar 2016 spiegelt nicht allein die Abschwächung der Weltkonjunktur und gestiegene Kreditrisiken wider. ↘ [ABBILDUNG 1 UNTEN LINKS](#) Daneben spielten die Erwartungen einer expansiveren Geldpolitik der großen Zentralbanken, nicht zuletzt aufgrund des Ölpreisrückgangs, sowie die Auswirkung der neuen Abwicklungsregeln auf die Finanzierungskosten der Banken eine Rolle.
6. Im Vergleich zum Jahresende 2015 haben sich die Zinsstrukturkurven in den Vereinigten Staaten und im Euro-Raum weiter nach unten verschoben, auch wenn in den Vereinigten Staaten jüngst eine leichte Gegenbewegung zu beobachten war. ↘ [ABBILDUNG 1 OBEN RECHTS](#) Dies deutet auf eine noch länger andauernde Niedrigzinsphase im Euro-Raum sowie eine langsamere Straffung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten hin. Infolgedessen sinkt die Profitabilität der Banken. Die zunehmende Aushöhlung des Geschäftsmodells der Banken (JG 2015 Ziffern 381 ff.) dürfte zu den deutlichen Aktienkursverlusten der Finanzinstitute im Februar beigetragen haben (BIZ, 2016). ↘ [ABBILDUNG 1 UNTEN LINKS](#)

▾ **ABBILDUNG 1**

Inflationserwartungen und Finanzmarktindikatoren für den Euro-Raum und die Vereinigten Staaten



7. Zwischenzeitlich kam es zudem zu einer erheblichen Verteuerung von Kreditausfallversicherungen für Banken (CDS) sowie einem deutlichen Anstieg der Risikoprämien auf nachrangige Schulden, insbesondere CoCo-Bonds. Die neuen europäischen Regeln zur Abwicklung von Banken (BRRD), die im Januar 2016 in Kraft getreten sind, erklären die vergleichsweise heftige Reaktion der Risikoprämien auf veränderte Risiken und sind letztlich Zeichen einer gestiegenen Marktdisziplin. Allerdings deuten die Reaktionen auf die Gefahr destabilisierender Preisspiralen bei nachrangigen Anleihen in Krisenzeiten hin, die eine Krise verschärfen könnten. Dies weckt Zweifel, ob die Widerstandsfähigkeit der Banken über nachrangige Schulden tatsächlich erhöht werden kann (JG 2014 Ziffer 343).
8. Trotz der Unsicherheiten auf den Finanzmärkten ist bisher keine wesentliche Verlangsamung der Konjunktur wahrzunehmen. Der Euro-Raum befindet sich weiterhin in

einer **moderaten Erholung**. Im überwiegenden Teil der Mitgliedstaaten geht die Unterauslastung der Produktionskapazitäten langsam zurück. Die positiven Wachstumsraten im zweiten Halbjahr des Jahres 2015 und der anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit sprechen zudem für eine fortgesetzte Erholung in den Jahren 2016 und 2017. Die in vielen Mitgliedstaaten weiterhin bestehenden **strukturellen Schwächen** dürften einer dynamischeren Erholung jedoch ebenso im Wege stehen wie die hohe **politische Unsicherheit** in Irland, Portugal und Spanien. So dürfte der beobachtete Anstieg der Risikoprämien auf Staatsanleihen in Portugal eine Reaktion der Märkte auf die dort nachlassende Reform- und Konsolidierungsbereitschaft gewesen sein. Die gestiegene Unsicherheit dürfte sich negativ auf die Zuversicht der Unternehmen und Verbraucher auswirken, sodass Investitionsprojekte und Konsumausgaben zurückgehalten werden.

Der Sachverständigenrat belässt seine **Prognose** für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für den **Euro-Raum** im Jahr 2016 unverändert bei 1,5 %. [TABELLE 2](#) Für das Jahr 2017 wird ebenfalls ein Zuwachs von 1,5 % prognostiziert. Aufgrund des erneut gesunkenen Ölpreises ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise im Jahr 2016 lediglich um 0,2 % steigen. Im Jahr 2017 dürfte die Teuerungsrate dann wieder deutlich höher liegen, voraussichtlich bei 1,1 %.

9. In den **Vereinigten Staaten** bleibt der Aufschwung trotz des zuletzt nur moderaten Wirtschaftswachstums intakt. Zwar stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten

▾ TABELLE 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote im Euro-Raum

Land/ Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderung zum Vorjahr in %											
		2015	2016 ⁴		2017	2015	2016 ⁴		2017	2015	2016 ⁴		2017
			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16 ⁵			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16 ⁵			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16 ⁵	
Euro-Raum⁶	100	1,6	1,5	(0,0)	1,5	0,0	0,2	(- 0,9)	1,1	10,9	10,1	(- 0,4)	9,6
darunter:													
Deutschland	28,8	1,7	1,5	(- 0,1)	1,6	0,1	0,3	(- 0,9)	1,4	4,6	4,3	(- 0,3)	4,4
Frankreich	21,0	1,2	1,2	(0,3)	1,2	0,1	0,1	(- 0,7)	0,8	10,4	10,1	(- 0,6)	10,0
Italien	16,0	0,8	0,7	(- 0,1)	0,9	0,1	0,2	(- 1,0)	0,9	11,9	11,1	(- 0,4)	10,5
Spanien	10,4	3,2	3,0	(0,0)	2,4	- 0,6	0,0	(- 1,0)	1,0	22,1	19,5	(- 1,1)	17,6
Niederlande	6,5	1,9	1,1	(- 0,2)	1,6	0,2	0,1	(- 1,4)	1,1	6,9	6,5	(- 0,1)	6,1
Belgien	4,0	1,4	1,1	(- 0,3)	1,5	0,6	0,9	(- 0,4)	1,0	8,3	7,7	(- 1,0)	7,6
Österreich	3,3	0,9	0,8	(- 0,2)	1,2	0,8	0,8	(- 0,8)	1,1	5,7	6,0	(0,5)	5,8
Finnland	2,0	0,4	0,6	(- 0,2)	0,9	- 0,2	- 0,1	(- 0,6)	0,8	9,4	9,6	(- 0,3)	9,7
Irland	1,9	7,8	6,9	(2,5)	4,3	0,0	0,1	(- 1,0)	1,0	9,4	8,3	(- 0,2)	7,0
Griechenland	1,8	- 0,2	- 0,7	(- 0,3)	0,8	- 1,1	- 0,3	(- 0,1)	0,5	24,9	24,1	(- 0,2)	23,6
Portugal	1,7	1,5	1,2	(- 0,6)	1,4	0,5	0,3	(- 0,8)	1,0	12,6	11,8	(0,7)	11,0
nachrichtlich:													
Euro-Raum ohne Deutschland	71,2	1,6	1,5	(0,1)	1,5	0,0	0,2	(- 0,8)	0,9	13,1	12,2	(- 0,4)	11,4

1 – Anteil des nominalen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2014 am nominalen Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums. 2 – Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 3 – Standardisiert. Für den gesamten Euro-Raum und den Euro-Raum ohne Deutschland gewichtet mit der Anzahl der Erwerbspersonen des Jahres 2014. 4 – Prognose des Sachverständigenrates. 5 – Differenz in Prozentpunkten. 6 – Gewichteter Durchschnitt der 19 Mitgliedstaaten des Euro-Raums.

Quelle: Eurostat

© Sachverständigenrat | SVR-16-024

und vierten Quartal 2015 nur um 0,5 % und 0,3 % gegenüber dem Vorquartal an. Jedoch entwickeln sich der Arbeitsmarkt und die private Konsumnachfrage weiterhin positiv. Die etwas geringere Dynamik im zweiten Halbjahr ging vor allem auf die schwache Exportentwicklung zurück, die sehr stark von der deutlichen Aufwertung des US-Dollar seit Jahresmitte 2014 beeinflusst wird.

Die Beschäftigung hat von Juli 2015 bis Februar 2016 um durchschnittlich rund 230 000 Personen pro Monat zugenommen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich mit 4,9 % auf ihrem Potenzialniveau (NAIRU; CBO, 2016). Die Löhne sowie Verbraucherpreise stiegen zuletzt beschleunigt. Neben der **guten Arbeitsmarktentwicklung** wird die private Konsumnachfrage durch eine verbesserte Vermögenssituation der privaten Haushalte gestützt. So steigen die realen Hauspreise weiter. Der private Konsum dürfte somit weiterhin treibende Kraft für den wirtschaftlichen Aufschwung bleiben.

10. Übereinstimmend mit der Entwicklung in Europa haben sich allerdings die Erwartungen hinsichtlich der **Zinspolitik der US-amerikanischen Notenbank** (Fed) seit Jahresbeginn 2016 verändert. So konnte im Dezember 2015 noch davon ausgegangen werden, dass die Fed nach Beginn der Zinswende ihren Leitzins bis Ende des Jahres 2016 um gut einen Prozentpunkt auf dann 1,5 % erhöhen würde. Diese Erwartung wurde durch die Prognosen der Mitglieder des Offenmarktausschusses der Fed (FOMC) im Dezember 2015 gestützt.

Momentan ist jedoch davon auszugehen, dass die **Fed** nach dem etwas geringeren Wachstum im Schlussquartal 2015, den Finanzmarkturbulenzen zu Jahresbeginn 2016 und der schwachen Exportentwicklung lediglich halbjährlich ihren **Leitzins** um jeweils 0,25 Prozentpunkte anheben wird. Damit dürfte die Fed vor allem darauf abzielen, das Risiko eines konjunkturellen Abschwungs infolge höherer Zinsen zu minimieren. Sie verweist hierbei auf den deutlichen Anstieg der Risikospreads. [↘ ABBILDUNG 1 UNTEN RECHTS](#) Im Fall einer erneuten Rezession wäre sie der Gefahr einer Liquiditätsfalle mit selbstverstärkender Deflation ausgesetzt (JG 2015 Ziffer 140). Umgekehrt sieht sie sich im Fall eines deutlichen Anziehens der Konjunktur jederzeit in der Lage, relativ zügig gegensteuern zu können, um Inflationsgefahren entgegenzuwirken.

11. Große Aufmerksamkeit galt zu Beginn des Jahres den erneuten Turbulenzen an den **chinesischen Aktienmärkten**. Diese waren bereits im Sommer 2015 massiv eingebrochen (JG 2015 Ziffer 146). Die erneuten Kursrückgänge lassen sich durch die Verunsicherung der Anleger infolge der politischen Eingriffe in den Aktienhandel und durch die anhaltende Skepsis bezüglich der Wachstumsperspektiven Chinas erklären. Hierin dürften ebenfalls die Ursachen der zuletzt beobachteten Kapitalabflüsse liegen.
12. Zuletzt war die **Wechselkurspolitik** der chinesischen Regierung besonders im Fokus. Die Devisenreserven des Landes, die noch zur Jahresmitte 2014 bei knapp 4 Billionen US-Dollar lagen, gingen auf 3,2 Billionen US-Dollar im Februar 2016 zurück. Damit wurde eine kräftigere Abwertung des Renminbi vermieden. Der hohe Außenwert dürfte dazu beigetragen haben, dass der Außenhandel zu Jahresbeginn schwach war.

Die Industrieproduktion wächst zwar schwächer als in den Vorjahren, jedoch beträgt die Steigerungsrate immer noch 6 %. Eine positive Entwicklung im Dienstleistungs-

sektor infolge der **robusten Expansion des privaten Konsums** trägt darüber hinaus kräftig zum Wirtschaftswachstum bei. Insgesamt revidiert der Sachverständigenrat seine Prognose für die chinesische Wirtschaft für das Jahr 2016 im Vergleich zum Herbst 2015 leicht nach unten. Es wird nunmehr eine Expansion des Bruttoinlandsprodukts von 6,3 % angenommen.

13. In **Japan** sind die Korrektur der Inflationserwartungen und der Kursverfall der Bankaktien besonders drastisch ausgefallen. Neben dem Ölpreisverfall dürfte sich hierin widerspiegeln, dass die Erfolgsaussichten der extrem lockeren Geldpolitik unter dem „Abenomics“-Programm von den Märkten inzwischen als gering eingestuft werden. Im vierten Quartal des Jahres 2015 schrumpfte das japanische Bruttoinlandsprodukt erneut und die mittelfristigen Inflationserwartungen befinden sich auf einem Niveau nahe Null. In Anbetracht des demografisch bedingten Arbeitskräfterrückgangs ist ohne tiefgreifende Strukturreformen in Japan nicht mit Impulsen für die Weltwirtschaft zu rechnen (JG 2015 Ziffer 159). Die Bank of Japan schätzt das jährliche Potenzialwachstum auf deutlich unter 0,5 % (Bank of Japan, 2016).

▾ KASTEN 1

Eine Diskussion der Auswirkungen des Ölpreisverfalls auf die Weltkonjunktur

Seit Sommer 2014 ist der Rohölpreis (Brent) von 115 US-Dollar pro Barrel auf etwa 40 US-Dollar im März 2016 gesunken. [▸ ABBILDUNG 2 LINKS](#) Im Januar 2016 lag er sogar zeitweise unter 30 US-Dollar. Zu Beginn des vergangenen Jahres erwarteten viele Konjunkturbeobachter von diesem Preisverfall einen belebenden Effekt auf die Weltkonjunktur (IWF, 2015; Europäische Kommission, 2015). Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht. Die Weltwirtschaft expandierte nur moderat und für die kommenden Quartale ist ebenfalls nicht von einem höheren Wachstum auszugehen. Vielmehr wird im jüngsten Ölpreisverfall seit dem Herbst 2015 sogar ein mögliches globales Konjunkturrisiko gesehen (Europäische Kommission, 2016). Es stellt sich daher die Frage, warum der Ölpreisrückgang nicht mit einer stärker expandierenden Weltwirtschaft einherging. Hierfür gibt es im Wesentlichen zwei Erklärungsmuster.

Ein **erstes Erklärungsmuster** geht davon aus, dass Ölpreisänderungen angebotsseitige Veränderungen widerspiegeln. In diesem Fall führt ein niedrigerer Ölpreis in den ölimportierenden Ländern wie etwa Deutschland zu geringeren Produktionskosten sowie steigenden Realeinkommen und wirkt somit expansiv auf die Konjunktur. Im Gegensatz hierzu erleiden ölexportierende Länder wie Russland oder Saudi-Arabien Einkommensverluste, die unter anderem die dortigen öffentlichen Haushalte stark belasten. Einige ölexportierende Länder können diese Einkommensverluste aufgrund einer ohnehin bereits angespannten Finanzsituation ihrer öffentlichen Haushalte nicht kompensieren (IWF, 2016). Zudem treten verstärkt strukturelle Probleme der jeweiligen Volkswirtschaften in den Vordergrund, die durch den Rohstoffboom vergangener Jahre verdeckt wurden. Diese belasten zunehmend die Wachstumsperspektiven und hemmen die Investitions- sowie Konsumnachfrage (JG 2015 Ziffern 116 ff.). Des Weiteren könnte der niedrige Ölpreis zu sinkenden Investitionen in Ölförderanlagen zum Beispiel in den Vereinigten Staaten führen, da diese Projekte angesichts des gesunkenen Ölpreises nicht mehr rentabel sind (IWF, 2016). Ferner scheint sich in vielen ölimportierenden Ländern noch ein großer Teil der privaten Haushalte im Entschuldungsprozess zu befinden, sodass ein Großteil der Einkommensgewinne nicht für Konsumzwecke verwendet wird. All diese Faktoren wirken dämpfend auf die Weltkonjunktur, die somit weniger belebt werden dürfte als vermutet (Bundesbank, 2016a).

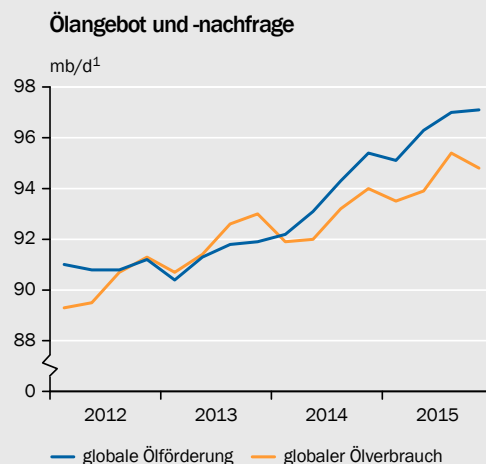
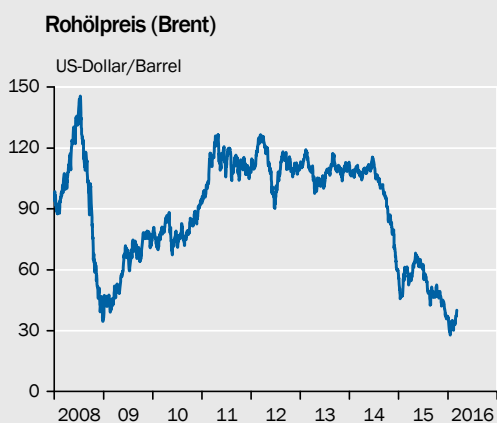
Wären die fallenden Ölpreise hingegen zu einem erheblichen Teil durch nachfrageseitige Faktoren auf den Rohstoffmärkten zu erklären, wäre der Ölpreis zum Teil das Ergebnis der globalen Konjunkturentwicklung und nicht deren Auslöser. Ein **zweites Erklärungsmuster**, das im niedrigen Ölpreis

hauptsächlich ein Spiegelbild der moderaten konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft sieht (Baumeister und Kilian, 2015), führt zu der Erwartung weltweit negativer Wirkungen. Diese fallen allerdings in den öllexportierenden Ländern besonders stark aus. Insbesondere das nachlassende Wachstum in den Schwellenländern führte mehrfach zu Absenkungen der globalen Wachstumserwartungen. Hier ist insbesondere auf die schwache Entwicklung in der chinesischen Industrie und Bauwirtschaft zu verweisen.

Eine Einschätzung der quantitativen Bedeutung der angebots- und nachfrageseitigen Faktoren auf den Ölpreis ist schwierig. Verschiedene empirische und modelltheoretische Verfahren liefern hierbei unterschiedliche Resultate (JG 2015, Kasten 4; Baumeister und Kilian, 2015; Hamilton, 2015; Manescu und Nuno, 2015; IfW, 2016). Besonders komplex ist die Beurteilung der Erwartungen hinsichtlich der künftigen Ölproduktion und -nachfrage. Häufig wird daher auf einen anekdotischen Ansatz zurückgegriffen und Entwicklungen in der Ölförderung und der Ölnachfrage verglichen. Dabei zeigt sich, dass die weltweite Ölförderung seit Beginn des Jahres 2014 oberhalb des Ölverbrauchs liegt. [↪ ABBILDUNG 2 RECHTS](#) Die steigende Ölförderung beruht insbesondere auf einer erheblich ausgeweiteten Förderung in den Vereinigten Staaten bei unverändert steigender Förderung in den OPEC-Ländern (Bundesbank, 2016a). Die Ölnachfrage konnte mit dem Expansionstempo der Förderung nicht mithalten. So wurden aufgrund der nur moderat wachsenden Weltwirtschaft die Prognosen der Ölnachfrageentwicklung mehrfach nach unten korrigiert.

[↪ ABBILDUNG 2](#)

Rohölpreis und Versorgungssituation



1 – Mio Barrel pro Tag.

Quellen: Thomson Financial Datastream, IEA

© Sachverständigenrat | SVR-16-063

Häufig wird davon ausgegangen, dass der Ölpreisverfall auf angebotsseitige Faktoren zurückzuführen sei, wobei auf die starke Ausweitung der globalen Ölförderung und den Aufbau der Ölvorräte verwiesen wird. Das mengenmäßige Angebot steige somit stärker als die Nachfrage nach Rohöl. Jedoch vernachlässigt diese Betrachtung, dass die Ölnachfrage preiselastischer ist als das Ölangebot. Die Nachfrage nach Rohöl reagiert also stärker auf Preisänderungen als das Angebot (Kilian und Murphy, 2012).

In [↪ ABBILDUNG 3 LINKS](#) wird eine Erklärung der jüngsten Entwicklung auf dem Ölmarkt in stilisierter Form dargestellt. Die höhere Preiselastizität der Ölnachfrage zeigt sich in dieser Abbildung durch eine flachere Steigung der Nachfragekurve im Vergleich zur steileren Angebotskurve. Die höhere Preiselastizität der Ölnachfrage kann zu einer Situation führen, in der ein positiver Angebotschock zu einer Ausweitung der Ölmenge führt, aber gleichzeitig ein negativer Nachfrageschock primär für den fallenden Ölpreis verantwortlich ist. Ein positiver Ölangebotsschock, der die Ölmenge von x_0 auf x_1 erhöht, führt zu einem Ölpreisrückgang von p_1 auf p_2 . Der negative Nachfrageschock, der an sich die

Ölmenge verringert, trägt hingegen viel stärker zum Ölpreisverfall bei (von p_0 auf p_1). Der Ölpreis fällt insgesamt von p_0 auf p_2 . Dabei gehen etwa zwei Drittel des Ölpreisrückgangs (von p_0 auf p_1) auf den Nachfrageschock und rund ein Drittel (von p_1 auf p_2) auf den Ölangebotsschock zurück.

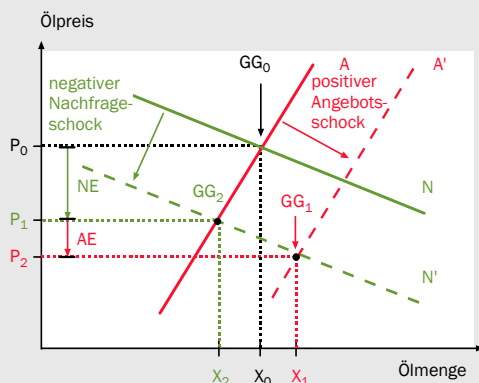
Empirische Ergebnisse stützen die Einschätzung, dass die Ölnachfrage preiselastischer ist als das Ölangebot. Zu diesem Zweck wurde eine Analyse von Baumeister und Peersman (2013) aktualisiert. In dieser Studie wird ein zeitabhängiges VAR-Modell verwendet. Nachfrage- sowie Angebotsschocks werden durch Vorzeichenrestriktionen identifiziert. Die Schätzung zeigt, dass ein um ein Prozent höherer Ölpreis tendenziell zu einem Anstieg der Ölförderung um 0,02 % und zu einem Sinken der Ölnachfrage um 0,05 % führt. Insgesamt scheint die Ölnachfrage über die Zeit hinweg immer preiselastischer gewesen zu sein als das Ölangebot. Es zeigt sich zudem, dass das Ölangebot und die Ölnachfrage seit Mitte der 1980er-Jahre weniger preiselastisch geworden sind und die Elastizitäten nicht sehr hoch ausfallen. [↘ ABBILDUNG 3 RECHTS](#) Eine mögliche Ursache für die auffällig gefallenen Preiselastizitäten könnte der stark vergrößerte Markt für Öl-Termingeschäfte sein (Baumeister und Peersman, 2013).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass beide Ansätze erklären können, warum der stark gefallene Ölpreis kaum belebende Effekte auf die Weltkonjunktur ausgeübt hat. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen auf die Konjunktur in den ölimportierenden Ländern, die stark exportabhängig sind. Sollte der Ölpreisrückgang im Wesentlichen durch nachfrageseitige Effekte zu erklären sein, ist insbesondere in diesen Ländern nicht von deutlich positiven Effekten auszugehen.

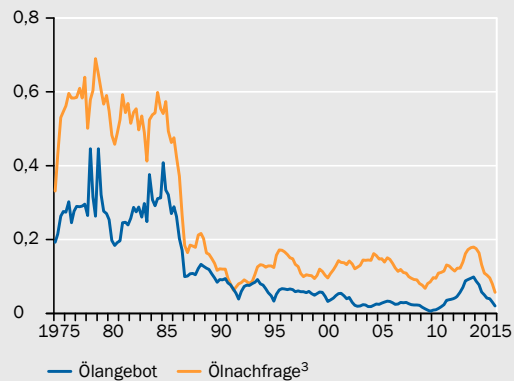
[↘ ABBILDUNG 3](#)

Auswirkungen unterschiedlicher Preiselastizitäten auf dem Ölmarkt

Aktuelle Situation auf dem Ölmarkt¹



Preiselastizität von Ölangebot und Ölnachfrage²



1 – A – Ölangebot, A' – Ölangebot nach Angebotsschock, N – Ölnachfrage, N' – Ölnachfrage nach Nachfrageschock, GG₀ – Ölmarktgleichgewicht in der Ausgangssituation, GG₁ – Ölmarktgleichgewicht nach Angebotsschock, GG₂ – Ölmarktgleichgewicht nach Nachfrageschock, AE – Angebots-
effekt auf den Ölpreis ausgehend von Ölangebotsschock, NE – Nachfrageeffekt auf den Ölpreis ausgehend von Ölnachfrageschock. 2 – Median
der kurzfristigen Preiselastizität von Ölangebot und Ölnachfrage geschätzt nach dem Modell von Baumeister und Peersman (2012). 3 – Preis-
elastizität der Ölnachfrage als absolute Werte.

© Sachverständigenrat | SVR-16-048

14. Der Ausblick für die Weltwirtschaft unterliegt **Risiken**. Hierzu zählen insbesondere eine krisenhafte Verschärfung der Wirtschaftslage in China und anderen Schwellenländern, mögliche Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und eine Zuspitzung der geopolitischen Konflikte. Ferner kann ein Wiederaufflammen der Euro-Krise infolge des deutlich abnehmenden Reform- und Konsolidierungswillens und der schwierigen politischen Situation in vielen Ländern des Euro-Raums nicht ausgeschlossen werden. Für die Prognose wird angenommen, dass keines dieser Risiken ein-

tritt. Neben den genannten Risiken ergeben sich Möglichkeiten für ein stärkeres Wachstum, beispielsweise aus einer besser als erwarteten Entwicklung in den angelsächsischen Ländern.

15. Innerhalb Europas haben die politischen Risiken zugenommen. Populistische Parteien an den Rändern des politischen Spektrums haben einen merklichen Zulauf erfahren. Die Skepsis gegenüber der europäischen Idee scheint zu steigen. Nationale Interessen treten zunehmend in den Vordergrund und die Fliehkräfte in der Europäischen Union nehmen zu. Weitere Risiken erwachsen aus der **Einführung von Personenkontrollen an den Grenzen**. Sollten die ehemals abgeschafften allgemeinen Personenkontrollen im Schengen-Raum für längere Zeit fortbestehen, würde der Warenverkehr innerhalb Europas behindert. Der reibungslose Ablauf in den hoch integrierten Wertschöpfungsprozessen würde gestört. Abschätzungen der ökonomischen Folgen eines solchen Szenarios sind mit hoher Unsicherheit behaftet. Sie sollten im politischen Diskurs vorsichtig verwendet werden. Die Ergebnisse hängen stark von den Annahmen bezüglich der Zusatzkosten im Transportwesen und dem Umfang der Grenzkontrollen ab. Eine Auswertung der verfügbaren Studien kommt zum Ergebnis, dass die kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Kosten der Wiedereinführung von Grenzkontrollen überschaubar sein dürften (RWI, 2016; siehe auch Felbermayr et al., 2016).
16. Ein weiteres Risiko geht vom Ausgang der **Volksabstimmung im Vereinigten Königreich** über die weitere Zugehörigkeit zur Europäischen Union aus. Ein Austritt („Brexit“) könnte schwerwiegende Folgen für die britische Wirtschaft und für die verbleibende EU haben, nicht zuletzt da sich hierdurch die politischen Gewichte innerhalb der EU verschieben und sich darüber hinaus weitere Auflösungstendenzen ergeben können. Aktuell sind jedoch weder der Zeitpunkt noch die politischen Konditionen des möglichen Austritts abschätzbar.

Große Unsicherheit besteht über die nachfolgende Ausgestaltung der Handelsbeziehung zur verbleibenden EU. Irland wäre von einem „Brexit“ besonders stark betroffen. Insgesamt würde durch einen „Brexit“ das Risiko eines Wiederaufflammens der Krise im Euro-Raum erhöht. Neue bilaterale Abkommen müssten beschlossen werden, wie sie etwa mit der Schweiz oder Norwegen bestehen, um die gegenseitigen Marktzugänge zu regeln. Zu den realwirtschaftlichen Effekten kommt aufgrund der hohen Bedeutung des Finanzplatzes London zudem eine erhebliche Unsicherheit bezüglich der Auswirkungen auf die Finanzmärkte.

17. Risiken bestehen aktuell zudem für die **Finanzmarktstabilität**. Bei den jüngeren Finanzmarkturbulenzen für Bankwertpapiere handelte es sich vermutlich nicht um reine Übertreibungen, denn es gibt eine Reihe von Faktoren, welche die Profitabilität der Banken beeinträchtigen. Kurzfristig sind dies die Kreditrisiken aus dem Ölgeschäft und mittelfristig vor allem die Niedrigzinsphase im Euro-Raum, die das Geschäftsmodell der Banken grundsätzlich infrage stellt.

II. DEUTSCHE KONJUNKTUR

1. Überblick: Konsum stark, Außenhandel schwächelt

18. Die Expansion der deutschen Wirtschaft hat im zweiten Halbjahr 2015 kurzfristig etwas an Schwung verloren. Die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts lagen mit jeweils 0,3 % im dritten und vierten Quartal in etwa auf dem Niveau des Produktionspotenzials. [↘ ABBILDUNG 4 LINKS](#) Die leichte Unterauslastung der Produktionskapazitäten hat sich kaum verändert (negative Output-Lücke). [↘ ABBILDUNG 4 RECHTS](#)
19. Für das Gesamtjahr 2015 konnte aufgrund des stärkeren ersten Halbjahres trotzdem insgesamt ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % verzeichnet werden. Dies entspricht der Prognose des Sachverständigenrates aus dem Jahresgutachten 2015/16. Das **Konjunktur** hat sich dennoch **etwas verändert**. Die Triebkräfte des Aufschwungs kommen noch stärker aus dem Inland als erwartet. So trugen die privaten und staatlichen Konsumausgaben rund ein Zehntel Prozentpunkt mehr zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei als noch in der Prognose des Jahresgutachtens angenommen. [↘ ABBILDUNG 5 UNTEN](#) Anstatt der unterstellten 1,4 Prozentpunkte betrug der tatsächliche Wachstumsbeitrag 1,5 Prozentpunkte. [↘ TABELLE 3](#) Während der private Konsum diese Prognose nur geringfügig übertraf, war bei den Konsumausgaben des Staates insbesondere im zweiten Halbjahr eine deutlich kräftigere Aufwärtsbewegung zu beobachten.
20. Das **außenwirtschaftliche Umfeld** hat sich im zweiten Halbjahr 2015 schwächer entwickelt als noch im Jahresgutachten 2015/16 unterstellt. Vor allem die Prognose

[↘ ABBILDUNG 4](#)

Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland

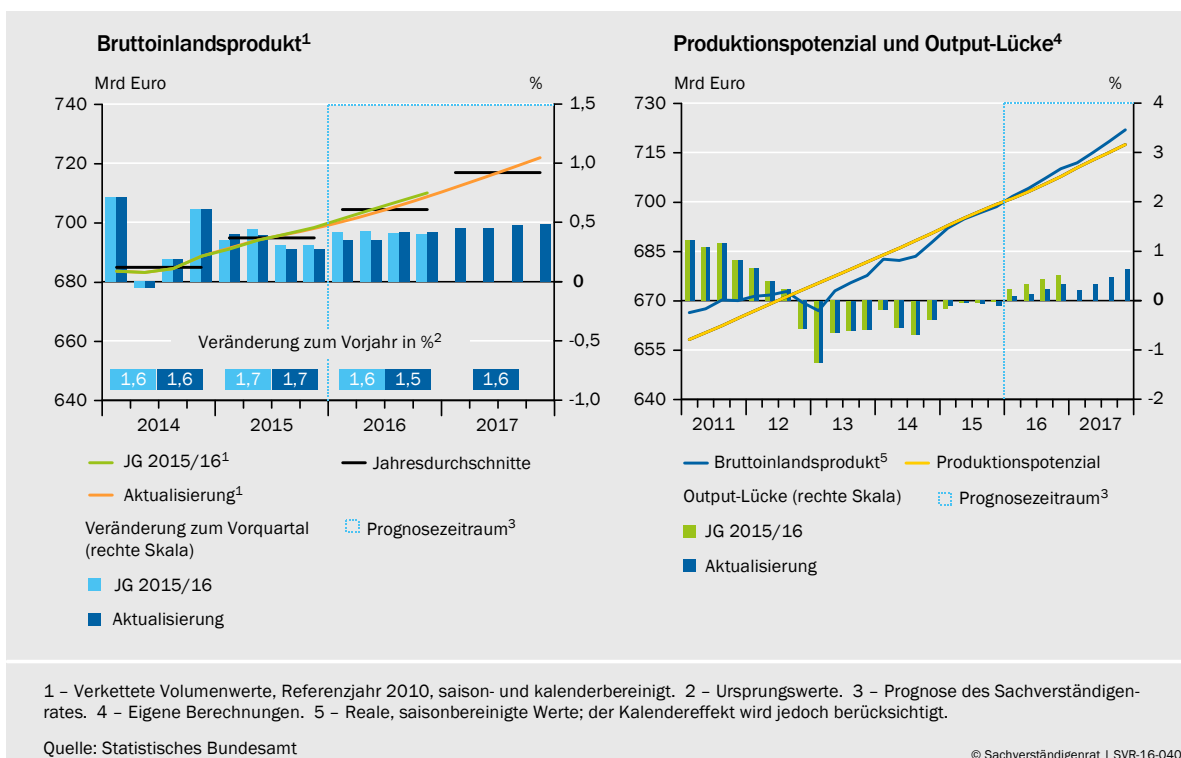


TABELLE 3

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹
Prozentpunkte²

	2011	2012	2013	2014	2015	Prognose ³		
						2016		2017
						Aktualisierung	Differenz zu JG 2015/16	
Inländische Verwendung	2,8	- 1,0	0,8	1,2	1,5	2,1	(0,4)	1,9
Konsumausgaben	0,9	0,8	0,5	0,9	1,5	1,6	(0,3)	1,3
Private Konsumausgaben ⁴	0,8	0,5	0,4	0,5	1,1	1,1	(0,2)	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,2	0,2	0,3	0,5	0,5	(0,1)	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,4	- 0,1	- 0,3	0,7	0,4	0,6	(0,1)	0,6
Ausrüstungsinvestitionen	0,5	- 0,2	- 0,2	0,3	0,3	0,2	(0,0)	0,3
Bauinvestitionen	0,8	0,1	- 0,1	0,3	0,0	0,3	(0,1)	0,2
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	(0,0)	0,1
Vorratsveränderungen	0,4	- 1,6	0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,1	(0,0)	0,0
Außenbeitrag	0,9	1,4	- 0,5	0,4	0,2	- 0,6	(- 0,5)	- 0,3
Exporte	3,5	1,2	0,7	1,8	2,5	1,1	(- 1,0)	1,7
Importe	- 2,6	0,1	- 1,2	- 1,5	- 2,3	- 1,8	(0,4)	- 2,0
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (%)	3,7	0,4	0,3	1,6	1,7	1,5	(- 0,1)	1,6

1 – Reale Werte. 2 – Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt

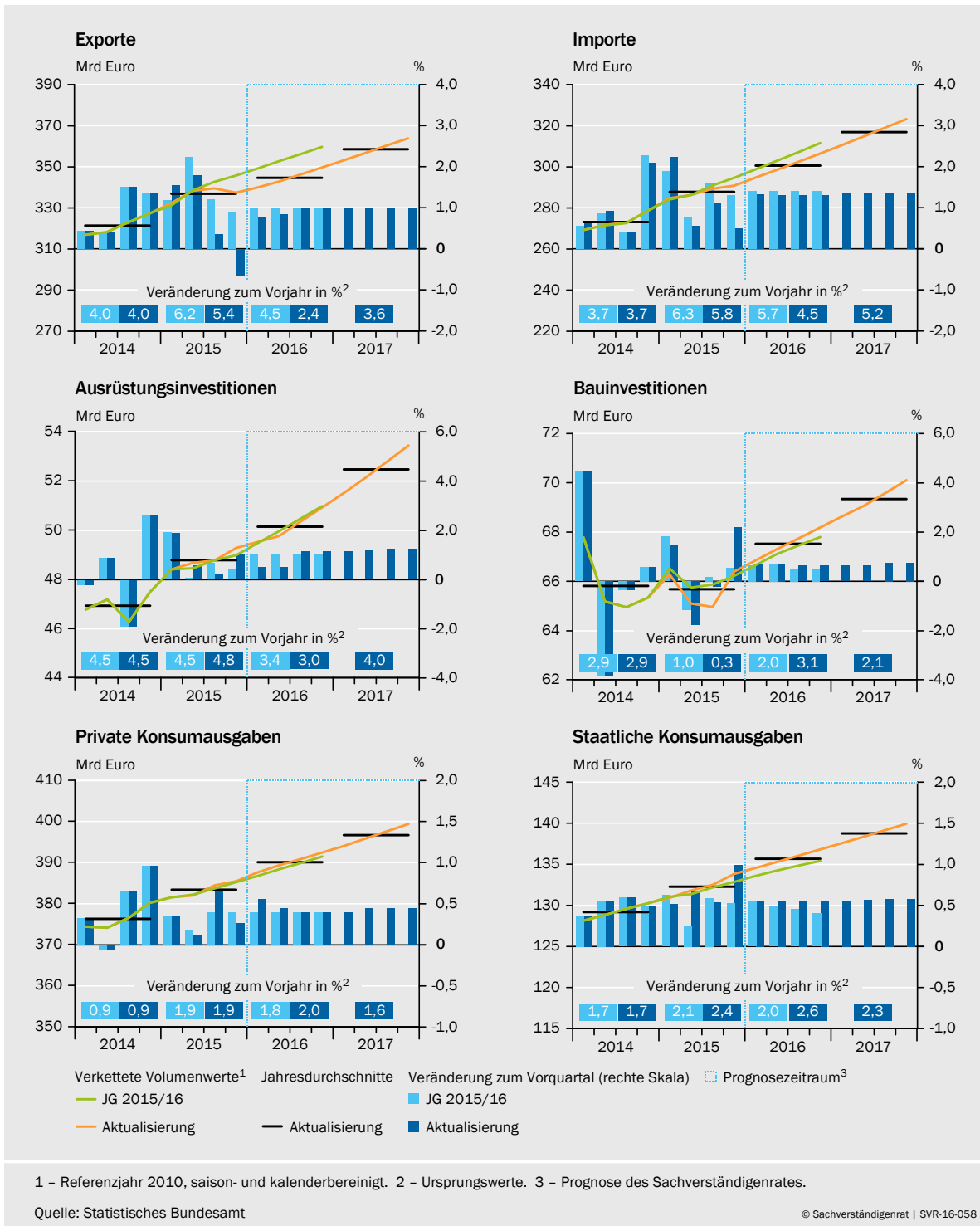
© Sachverständigenrat | SVR-16-050

für die Exporte hat sich im Nachhinein als zu optimistisch herausgestellt. Im vierten Quartal kam es sogar zu einem Rückgang der **Ausfuhren** um 0,6 %. Hier zeigen sich die ersten Auswirkungen der im Jahresgutachten 2015/16 angesprochenen Risiken hinsichtlich der Auslandsentwicklung. Trotz einer seit einem Jahr nahezu konstant hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit ließ insbesondere die Nachfrage nach deutschen Ausfuhr Gütern aus den Schwellenländern nach. Zudem kamen aus dem Euro-Raum und den Vereinigten Staaten keine positiven Impulse für das Exportvolumen. Die stärkere Expansion der Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa konnten diese Nachfragerückgänge nicht kompensieren. Der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrages belief sich im Gesamtjahr 2015 anstatt der erwarteten 0,4 Prozentpunkte nur auf 0,2 Prozentpunkte.

21. Aufgrund des hohen Importanteils deutscher Exportgüter (JG 2015 Abbildung 21) haben die **Importe** ebenfalls schwächer zugenommen als im Jahresgutachten 2015/16 angenommen. Die Diskrepanz zwischen Erwartungen und Realisation fällt hier allerdings nicht ganz so hoch aus wie bei den Exporten. Zum einen dürfte dies an der robusten Binnennachfrage liegen, zum anderen an den nochmals deutlich gesunkenen Importpreisen. So lag der tatsächliche Rückgang des Importdeflators aufgrund der gefallen Rohstoffpreise bei 1,6 %, anstatt der erwarteten 1,2 %.
22. Die Investitionstätigkeit bleibt weiterhin moderat. Der Gesamtanstieg der sehr volatilen **Ausrüstungsinvestitionen** entsprach im Jahr 2015 nahezu der Prognose aus dem Jahresgutachten. Jedoch entwickelten sich die privaten und die staatlichen Beiträge unterschiedlich. So konnten sich die privaten Investitionen der Eintrübung bei den Exporten nicht entziehen. Trotz äußerst günstiger Finanzierungsbedingungen sind die saisonbereinigten nichtstaatlichen Investitionen seit dem zweiten Quartal 2015

ABBILDUNG 5

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts



rückläufig. Die staatlichen Investitionen hingegen übertrafen die Erwartungen sichtbar. [ZIFFER 45](#)

23. Im Gegensatz zu den Ausrüstungen haben sich die **Bauinvestitionen** deutlich schwächer entwickelt als im Herbst 2015 prognostiziert. Die realisierte Zuwachsrate von nur 0,3 % für die Bauinvestitionen im Jahr 2015 wurde mit einer Prognose von 1,0 % im Jahresgutachten überschätzt. Dieser Prognosefehler ist vor allem auf eine deutliche Revision der Daten des ersten Halbjahres durch das Statistische Bundesamt

zurückzuführen. Im zweiten Halbjahr konnten die Bauinvestitionen mit höheren Raten zulegen als in der Prognose unterstellt, sodass sich die Lage für die Baukonjunktur momentan positiver darstellt.

2. Weiterhin günstige Rahmenbedingungen

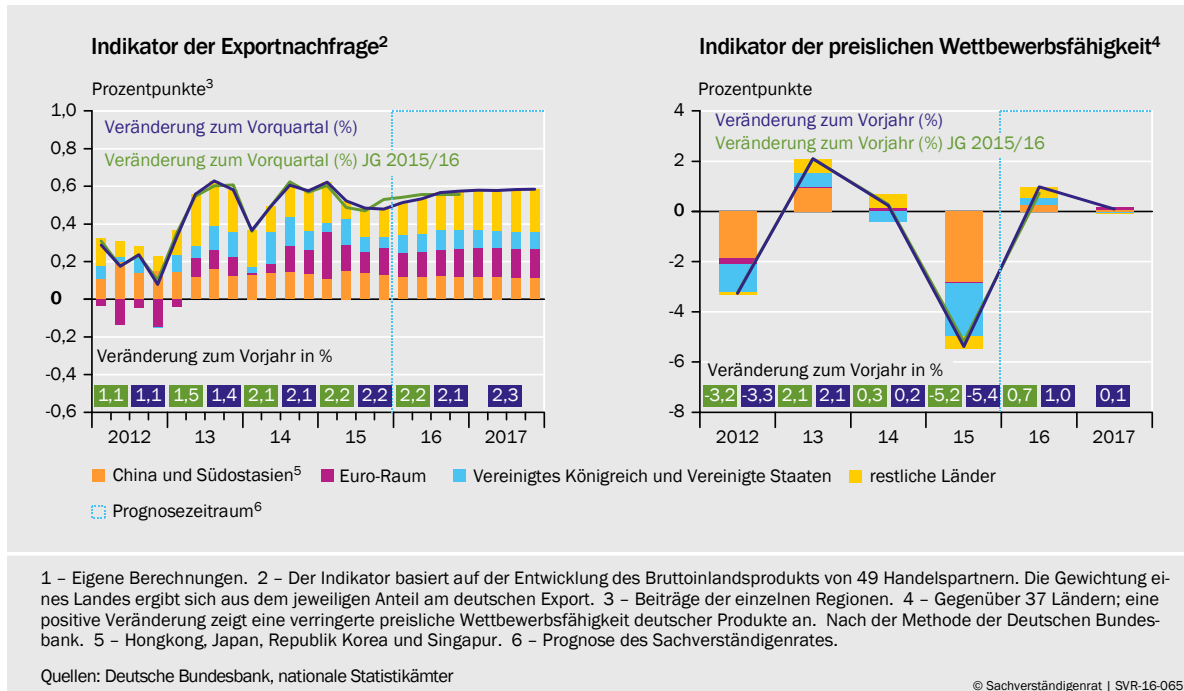
24. Im Prognosezeitraum sind die geld- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft weiterhin expansiv. Die verfügbaren Indikatoren weisen mehrheitlich auf anhaltend günstige **Finanzierungsbedingungen** hin. So deutet etwa die ifo Kredithürde auf eine großzügige Kreditvergabe der Banken an die Unternehmen hin. Zudem liegen die Effektivzinssätze für Bankkredite im Neugeschäft an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften deutlich unter 2 %. Demgegenüber sind die Finanzierungsmöglichkeiten über die Kapitalmärkte für Unternehmen etwas teurer geworden. So sind die Umlaufrenditen für Unternehmensanleihen von 2,0 % im April 2015 kontinuierlich auf 2,8 % im Februar 2016 gestiegen. Vor dem Hintergrund der Ausweitung des Aufkaufprogramms der EZB auf Unternehmensanleihen ist allerdings damit zu rechnen, dass die Unternehmensfinanzierung über Kapitalmärkte günstiger wird.

Die Banken verzeichnen seit einiger Zeit spürbare **Zuwächse im Buchkreditgeschäft** mit den privaten Haushalten. Vornehmlich ist dies bereits seit dem Jahr 2010 den Wohnungsbaukrediten zuzuschreiben (Bundesbank, 2016b), die einen niedrigen Effektivzinssatz von aktuell 2 % im Neugeschäft aufweisen. Aufgrund der geldpolitischen Ausrichtung der EZB ist für die Jahre 2016 und 2017 davon auszugehen, dass die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben.

25. Die **Fiskalpolitik** wird im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet bleiben. Neben Mehrausgaben im Zusammenhang mit der erhöhten Flüchtlingsmigration [↘ KASTEN 2, SEITE 24](#) tragen hierzu insbesondere weitere Ausgabensteigerungen im Gesundheits- und Pflegebereich bei. Zusätzlich werden ab diesem Jahr verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur umgesetzt. Während in diesem Jahr der expansive Fiskalimpuls etwa 0,5 % bis 0,6 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen dürfte, wird er im kommenden Jahr 2017 voraussichtlich geringer ausfallen.
26. Im Unterschied zu den monetären und fiskalischen Rahmenbedingungen hat sich das **außenwirtschaftliche Umfeld** im Vergleich zur Prognose des Jahresgutachtens 2015/16 leicht verschlechtert. So ist davon auszugehen, dass die Wachstumsverlangsamung in China und den übrigen Schwellenländern etwas stärker ausfällt als im Herbst angenommen. Zudem entwickelt sich die Konjunktur in einigen großen Industrieländern, wie Japan und dem Vereinigten Königreich, etwas schwächer als prognostiziert. Insgesamt ist die Exportnachfrage aus den Industrieländern aber robust. Sie dürfte im Prognosezeitraum stabil bleiben. [↘ ABBILDUNG 6](#)
27. Für die Entwicklung des privaten Verbrauchs dürften die weiterhin **niedrigen Rohstoffpreise**, insbesondere für Rohöl, günstig wirken. Der Ölpreis ist zuletzt wieder auf 40 US-Dollar gestiegen. Für die zukünftige Entwicklung verwendet die Prognose die aktuellen Terminkurse, die keinen weiteren großen Anstieg vermuten lassen.

↳ **ABBILDUNG 6**

Voraussichtliche Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds¹

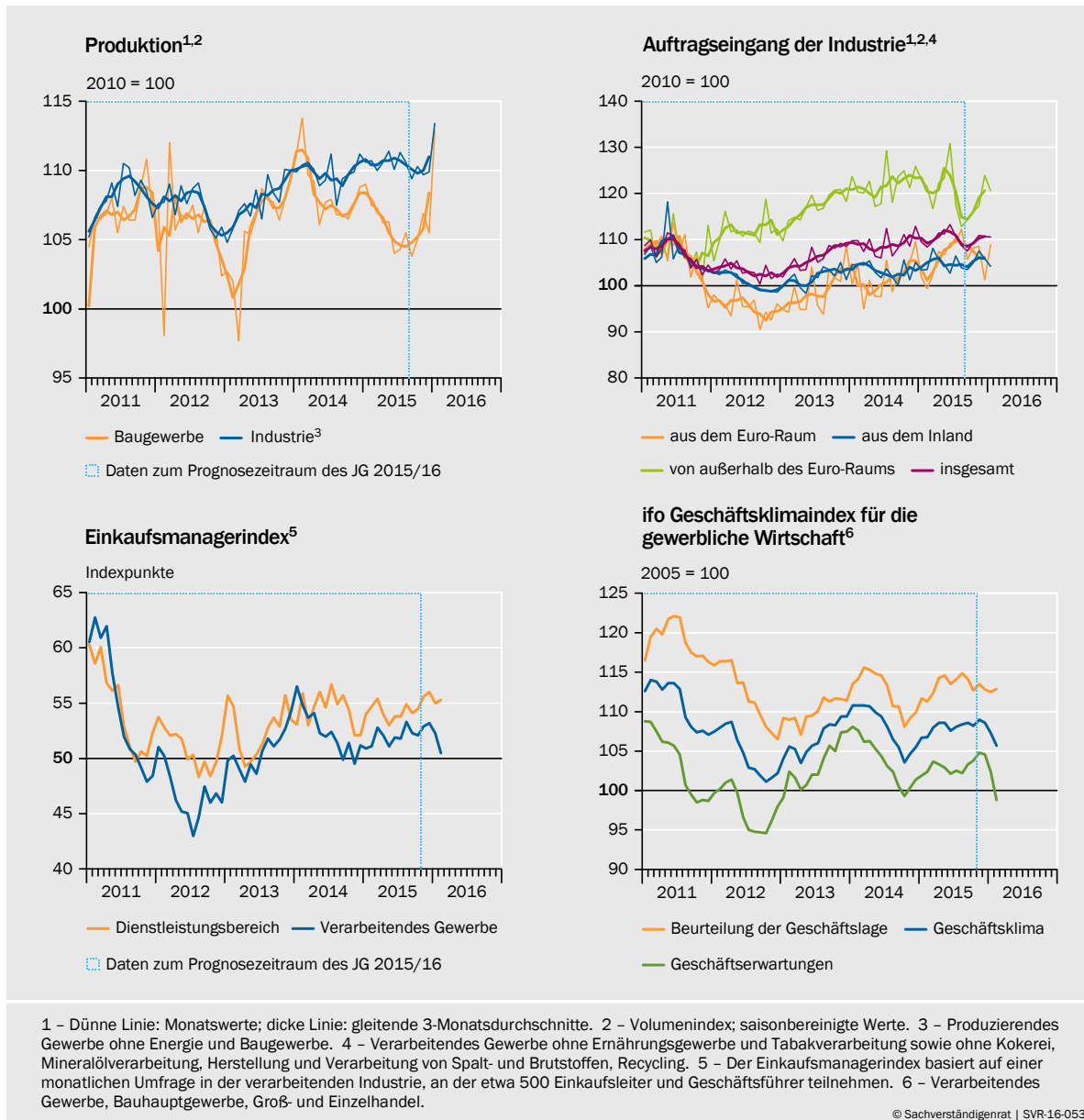


3. Ausblick: Aufschwung setzt sich fort

28. Die Frühindikatoren zeigen für das Expansionstempo des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2016 ein gemischtes Bild. ↳ **ABBILDUNG 7** Auf der einen Seite deuten die **Produktionszahlen im Produzierenden Gewerbe** aus dem Januar auf eine kräftige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2016 hin. Die Niveaus der Industrie- und der Bauproduktion liegen saisonbereinigt deutlich über den Durchschnittswerten des vierten Quartals 2015. Ferner sind die Auftragseingänge der Industrie im Januar im Vergleich zum Durchschnitt des Schlussquartals 2015 leicht angestiegen.
29. Auf der anderen Seite zeichnen die **umfragebasierten Indikatoren** ein etwas weniger positives Bild. So ist das ifo Geschäftsklima seit November 2015 kontinuierlich zurückgegangen. Insbesondere der Index der Geschäftserwartungen war in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016 deutlich niedriger als noch im vierten Quartal 2015. Zudem ist der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Februar merklich gesunken und liegt jetzt mit 50,5 Punkten nur knapp über der Schwelle von 50 Punkten, die Wachstum signalisiert. Positiver stellt sich die Entwicklung im Dienstleistungsbereich dar. Hier konnte der Einkaufsmanagerindex zu Jahresbeginn das hohe Niveau vom Ende des Jahres 2015 nahezu halten.
30. Insgesamt deuten die Frühindikatoren darauf hin, dass die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2016 bei jeweils 0,35 % liegen werden. Dieser Anstieg dürfte vor allem von der **Binnennachfrage** getragen werden. Es ist zu erwarten, dass die privaten und öffentlichen Konsumausgaben weiter stark ausgeweitet werden. Hierin spiegeln sich die hohen Beschäftigungszuwächse, deutliche Lohnsteigerungen, die niedrige Inflation aufgrund des jüngsten Verfalls der Rohstoffpreise, steigende Transferzahlungen sowie staatliche Aufwendungen in Ver-

▾ **ABBILDUNG 7**

Ausgewählte Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung



bindung mit der Flüchtlingszuwanderung wider. Die Expansion der Konsumausgaben dürfte über das gesamte Jahr anhalten.

31. Die **Exporte** werden hingegen im ersten Halbjahr 2016 im langfristigen Vergleich nur moderat ansteigen. Dies liegt nicht zuletzt an der andauernden konjunkturellen Schwächephase der Schwellenländer. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Auslandsnachfrage aber wieder leicht anziehen. Dies dürfte damit einhergehen, dass ab dem dritten Quartal die Bereitschaft der Unternehmen, verstärkt in Ausrüstungen und Bauten zu investieren, wieder zunehmen wird. Die Investitionen werden zudem weiterhin durch die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt.
32. Es ist davon auszugehen, dass das **Expansionstempo** der deutschen Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2016 **leicht zunehmen** wird. Der Sachverständigenrat rechnet daher mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2016 von 1,5 %. Die Prognose vom November des vergangenen Jahres wird somit

marginal nach unten revidiert. [TABELLE 4](#) Gegeben eine Zuwachsrate des Produktionspotenzials von 1,2 % wird die deutsche Wirtschaft in eine leichte Überauslastung eintreten. Dies dürfte zu einem moderaten Anziehen der Kerninflationsrate – also der Veränderung der Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie – beitragen.

[ABBILDUNG 8 LINKS](#)

33. Nichtsdestotrotz korrigiert der Sachverständigenrat seine Prognose für den Anstieg der **Verbraucherpreise** für das Jahr 2016 deutlich nach unten. Die Hauptursache für diese Korrektur liegt in den gefallen Energiepreisen und hier insbesondere im Rückgang der Rohölnotierungen der vergangenen Monate. [ABBILDUNG 2 LINKS, SEITE 8](#) Im Jahresgutachten war im Gegensatz hierzu noch von leicht steigenden Werten ausgegangen worden. Für den Prognosezeitraum wird zwar angenommen, dass sich der Ölpreis stabilisiert und wieder leicht steigt. Insgesamt ist aber zu erwarten, dass die Teuerungsrate für die Verbraucherpreise im Jahr 2016 durchschnittlich nur 0,3 % be-

[TABELLE 4](#)

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	2014	2015	Prognose		
				2016		2017
				Aktualisierung	Differenz zu JG 2015/16	
Bruttoinlandsprodukt¹	%	1,6	1,7	1,5	(- 0,1)	1,6
Konsumausgaben	%	1,1	2,1	2,1	(0,3)	1,7
Private Konsumausgaben ²	%	0,9	1,9	2,0	(0,2)	1,6
Konsumausgaben des Staates	%	1,7	2,4	2,6	(0,6)	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	%	3,5	2,2	2,9	(0,2)	2,9
Ausrüstungsinvestitionen	%	4,5	4,8	3,0	(- 0,4)	4,0
Bauinvestitionen	%	2,9	0,3	3,1	(1,1)	2,1
Sonstige Anlagen	%	3,1	2,7	2,5	(- 0,5)	2,9
Inländische Verwendung	%	1,3	1,6	2,3	(0,4)	2,0
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten)		0,4	0,2	- 0,6	(- 0,5)	- 0,3
Exporte	%	4,0	5,4	2,4	(- 2,1)	3,6
Importe	%	3,7	5,8	4,5	(- 1,2)	5,2
Leistungsbilanzsaldo³	%	7,3	8,5	8,7	(0,4)	8,3
Erwerbstätige	Tausend	42 703	43 032	43 519	(186)	43 918
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Tausend	30 197	30 829	31 485	(228)	31 895
Registriert Arbeitslose	Tausend	2 898	2 795	2 808	(- 83)	2 958
Arbeitslosenquote⁴	%	6,7	6,4	6,4	(- 0,2)	6,7
Verbraucherpreise⁵	%	0,9	0,3	0,3	(- 0,9)	1,4
Finanzierungssaldo des Staates⁶	%	0,3	0,6	0,3	(0,1)	0,3
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner⁷	%	1,1	1,2	0,9	(- 0,2)	0,9

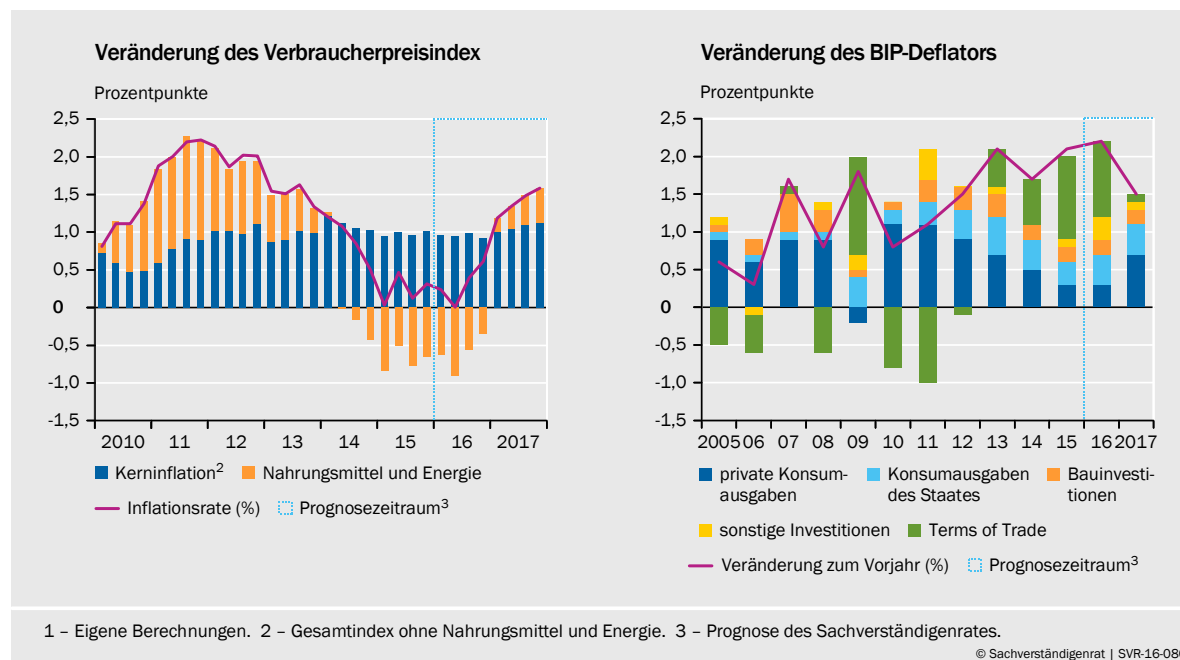
1 – Preisbereinigt; Veränderung zum Vorjahr; Differenz in Prozentpunkten. Gilt auch für alle angegebenen Bestandteile des Bruttoinlandsprodukts.
 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. 4 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen; Differenz in Prozentpunkten. 5 – Veränderung zum Vorjahr, Differenz in Prozentpunkten. 6 – Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. 7 – Eigene Berechnungen; Veränderung zum Vorjahr, Differenz in Prozentpunkten.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt

© Sachverständigenrat | SVR-16-038

▾ **ABBILDUNG 8**

Inflationsmaße und deren Komponenten¹



tragen wird. Im Jahresgutachten 2015/16 war noch ein Anstieg von 1,2 % erwartet worden. Trotz der geringen Verbraucherpreisinflation wird der **Deflator des Bruttoinlandsprodukts** in diesem Jahr mit 2,2% deutlich ansteigen. ▾ **ABBILDUNG 8 RECHTS** Es ist davon auszugehen, dass sich die Terms of Trade stark verbessern und somit maßgeblich zur Teuerungsrate des Bruttoinlandsprodukts beitragen.

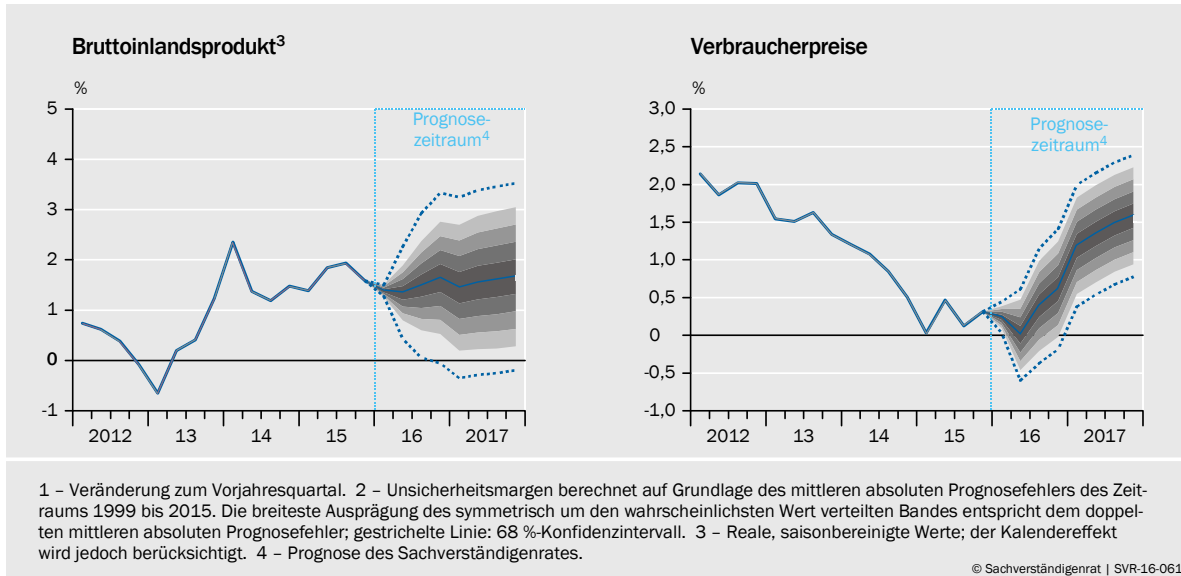
- 34. Im **Jahr 2017** wird sich der Aufschwung aller Voraussicht nach fortsetzen. In Anbetracht einer langsam einsetzenden Wirtschaftserholung in den Schwellenländern dürfte sich das außenwirtschaftliche Umfeld weiter verbessern. Zudem dürften die weiterhin günstigen finanziellen Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass die moderaten Quartalswachstumsraten im Jahresverlauf 2017 leicht zunehmen. Mit einem erwarteten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % im Jahr 2017 expandiert die deutsche Volkswirtschaft somit erneut etwas kräftiger als ihr Wachstumspotenzial von geschätzten 1,3 %. Die Auslastung der Produktionskapazitäten wird somit voraussichtlich weiter zunehmen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte im nächsten Jahr bei 1,4 % liegen.
- 35. Es ist zu betonen, dass die allgemein **hohe Prognoseunsicherheit** mit zunehmendem Prognosehorizont weiter steigt. Punktprognosen für das Jahr 2017 sind daher mit Vorsicht zu genießen. Um eine Vorstellung von der Prognoseunsicherheit hinsichtlich der Quartalswerte zu erhalten, werden für die Vorjahresveränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts und der Verbraucherpreise die zu den Punktprognosen gehörenden Prognoseintervalle angegeben. ▾ **ABBILDUNG 9**

Arbeitsmarkt weiter im Aufwind

- 36. Die Anzahl der **Erwerbstätigen** stieg im Jahresdurchschnitt 2015 um rund 330 000 auf etwa 43,0 Millionen Personen. ▾ **TABELLE 5** Der Beschäftigungsaufbau fiel dabei etwas geringer aus als im Vorjahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete mit rund 630 000 Personen einen überproportionalen Anstieg. Anders als

▾ ABBILDUNG 9

Prognoseintervalle für Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise^{1,2}



im Vorjahr verringerte sich hingegen die Anzahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter im Jahr 2015, und zwar deutlich um ca. 175 000 Personen.

Diese Entwicklung könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass im Zuge der Einführung des flächendeckenden **Mindestlohns** geringfügige in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt wurden (JG 2015 Ziffer 537). Auf die aggregierte Arbeitslosigkeit scheint sich der Mindestlohn hingegen bislang nicht spürbar ausgewirkt zu haben. Die Anzahl der **registriert Arbeitslosen** belief sich im Jahresdurchschnitt 2015 auf knapp 2,8 Millionen Personen und lag somit um fast 100 000 Personen unter dem Vorjahresniveau. Die Bruttolöhne- und Gehälter je Arbeitnehmer stiegen im Jahr 2015 etwas stärker als im Vorjahr um insgesamt 2,9 %.

37. Die Arbeitsmarktsituation stellt sich aufgrund der günstigen Entwicklung zum Jahresende 2015 gegenwärtig besser dar, als dies noch in der Prognose im Jahresgutachten 2015/16 zu erwarten war. So fiel die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** im vierten Quartal 2015 um mehr als 100 000 Personen höher aus als noch im vergangenen Herbst erwartet. Zudem waren im vierten Quartal des Vorjahres etwa 25 000 Personen weniger arbeitslos als zuletzt prognostiziert. Die unerwartet niedrigen Arbeitslosenzahlen im Januar und Februar 2016 scheinen diesen positiven Trend fortzusetzen.
38. Mit diesem deutlich verbesserten Arbeitsmarktausblick dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2016 auf 43,5 Millionen Personen und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf rund 31,5 Millionen Personen anwachsen. Im Jahr 2017 ist mit etwa 43,9 Millionen Erwerbstätigen zu rechnen, von denen ca. 31,9 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus wird voraussichtlich weiter durch eine hohe Nettozuwanderung nach Deutschland und eine leicht zunehmende Erwerbsbeteiligung der Inländer gestützt. Die **Lohnentwicklung** dürfte sich aufgrund der auslaufenden Sondereffekte der Mindestlohneinführung etwas abschwächen. Für die Jahre 2016 und 2017 geht der Sachverständigenrat von einem Anstieg der Effektivverdienste je Arbeitnehmer um 2,3 % beziehungsweise 2,5 % aus.

TABELLE 5

Arbeitsmarkt in Deutschland

Tausend Personen

	2014	2015	Prognose ¹					
			2016		2017	2016		2017
			Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16		Aktuali- sierung	Diff. zu JG 2015/16	
			Jahresdurchschnitte					
Erwerbspersonen ^{2,3}	44 730	44 914	45 387	(158)	45 839	1,1	(0,4)	1,0
Erwerbslose ⁴	2 090	1 950	1 939	(- 20)	1 994	- 0,6	(- 1,0)	2,8
Pendlersaldo ⁵	63	68	71	(8)	73	4,4	(8,2)	2,8
Erwerbstätige ⁶	42 703	43 032	43 519	(186)	43 918	1,1	(0,4)	0,9
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁷	30 197	30 829	31 485	(228)	31 895	2,1	(0,6)	1,3
ausschließlich geringfügig Beschäftigte ⁸	5 029	4 853	4 825	(30)	4 871	- 0,6	(0,7)	1,0
Registriert Arbeitslose ⁷	2 898	2 795	2 808	(- 83)	2 958	0,5	(- 2,7)	5,3
nachrichtlich:								
Arbeitslosenquote ^{7,9,10}	6,7	6,4	6,4	(- 0,2)	6,7	0,0	(- 0,2)	0,3
ILO-Erwerbslosenquote ^{10,11}	5,0	4,6	4,3	(- 0,3)	4,4	- 0,3	(- 0,3)	0,1

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Personen im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). 3 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 4 – Nach ILO-Definition. 5 – Erwerbstätige Einpendler aus dem Ausland/Auspendler in das Ausland. 6 – Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept). 7 – Quelle: BA. 8 – Beschäftigte mit einem Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro. 9 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 10 – Jahresdurchschnitte in %; Differenz in Prozentpunkten. 11 – Erwerbslose in Relation zu den Erwerbspersonen, jeweils Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren; Quelle: Eurostat.

© Sachverständigenrat | SVR-16-051

Die **Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen** dürfte sich aufgrund der längeren Asylverfahrensdauern etwas verzögern. [ZIFFER 54](#) Der Sachverständigenrat rechnet damit, dass sich die Zahl der Erwerbspersonen allein aufgrund der Flüchtlingsmigration, nach einem Anstieg um rund 40 000 Personen im Jahr 2015, in diesem Jahr etwa um weitere etwa 120 000 Personen erhöht. Im Jahr 2017 treten erneut gut 200 000 anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ein. [ABBILDUNG 12](#) Unter den erwerbstätigen anerkannten Flüchtlingen dürfte der überwiegende Teil zunächst geringfügig beschäftigt sein.

39. Neben der zuletzt unerwartet positiven Entwicklung der Arbeitslosenzahlen trägt der verzögerte Arbeitsmarkteintritt anerkannter Flüchtlinge dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nur leicht auf etwas über 2,8 Millionen Personen ansteigt. Im Jahr 2017 dürfte sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt der 3-Millionen-Marke annähern. Die **Arbeitslosenquote** liegt im Jahr 2017 voraussichtlich bei 6,7 %, nach 6,4 % in den Vorjahren 2015 und 2016. Der Sachverständigenrat geht bis Ende 2017 von etwa 250 000 zusätzlichen Arbeitslosen infolge der Flüchtlingsmigration aus. Damit betrüge der Anteil der arbeitslosen anerkannten Flüchtlinge an allen Arbeitslosen zum Jahresende 2017 mehr als 8 %.

Öffentliche Finanzen – nach wie vor ausgeglichene Haushalte

40. Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich seit Herbst des vergangenen Jahres kaum geändert. Der **gesamtstaatliche Finanzierungssaldo** lag im Jahr 2015 mit

19,4 Mrd Euro (0,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) etwas niedriger als vom Sachverständigenrat prognostiziert. [TABELLE 6](#) Die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen in Höhe von 5,1 Mrd Euro im ersten Halbjahr 2015 werden nun voraussichtlich zum größten Teil im Jahr 2017 gebucht. Bereinigt um diesen statistischen Effekt ergibt sich somit eine leichte Unterschätzung um 2,7 Mrd Euro. Verantwortlich für die minimal bessere Entwicklung waren insbesondere höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge sowie niedrigere Zinsausgaben im zweiten Halbjahr 2015.

41. Für das Jahr 2016 erwartet der Sachverständigenrat erneut einen **Finanzierungsüberschuss**. Mit 8,1 Mrd Euro (0,3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) liegt

TABELLE 6

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2015	Prognose ²			Prognose ²		
		2016		2017	2016		2017
		Aktualisierung	Differenz zu JG 2015 /16		Aktualisierung	Differenz zu JG 2015 /16	
		Mrd Euro			% ³	Prozentpunkte	% ³
Einnahmen	1 350,0	1 386,7	(5,4)	1 438,6	2,7	(0,0)	3,7
Steuern	690,9	704,9	(2,5)	735,1	2,0	(- 0,1)	4,3
Sozialbeiträge	501,2	521,7	(4,1)	541,2	4,1	(0,7)	3,7
sonstige Einnahmen ⁴	157,9	160,0	(- 1,3)	162,3	1,3	(- 1,5)	1,4
Ausgaben	1 330,6	1 378,6	(2,8)	1 430,4	3,6	(- 0,3)	3,8
Vorleistungen	143,7	150,8	(0,9)	154,3	4,9	(0,5)	2,3
Arbeitnehmerentgelte	230,7	237,5	(0,1)	244,4	3,0	(0,0)	2,9
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,5	46,1	(1,7)	44,6	- 5,1	(1,3)	- 3,2
Subventionen	26,8	27,8	(0,8)	28,6	3,7	(1,4)	3,0
monetäre Sozialleistungen	469,3	487,3	(- 1,8)	509,1	3,8	(0,0)	4,5
soziale Sachleistungen	252,3	267,1	(1,1)	283,6	5,8	(0,6)	6,2
Bruttoinvestitionen	65,9	69,3	(1,1)	72,3	5,1	(- 0,9)	4,4
sonstige Ausgaben ⁵	93,3	92,7	(- 1,1)	93,4	- 0,6	(- 7,4)	0,7
Finanzierungssaldo	19,4	8,1	(2,6)	8,2	x	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁶							
Staatsquote ⁷	44,0	43,9	(- 0,1)	44,2	x	x	x
Steuerquote ⁸	23,2	22,7	(0,0)	22,9	x	x	x
Abgabenquote ⁹	38,6	38,2	(0,1)	38,5	x	x	x
Finanzierungssaldo	0,6	0,3	(0,1)	0,3	x	x	x
struktureller Finanzierungssaldo ¹⁰	0,7	0,5	(0,4)	0,0	x	x	x
Schuldenstandsquote ¹¹	70,8	67,5	(- 0,3)	65,5	x	x	x

1 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Veränderung zum Vorjahr. 4 – Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers. 5 – Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. 6 – Jeweils in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. 7 – Gesamtstaatliche Ausgaben. 8 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer und Steuern an die EU. 9 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer, Steuern an die EU und tatsächliche Sozialbeiträge. 10 – Um konjunkturelle Einflüsse und transitorische Effekte bereinigter Finanzierungssaldo, siehe JG 2007 Anhang IV D. 11 – Schulden des Staates (in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht).

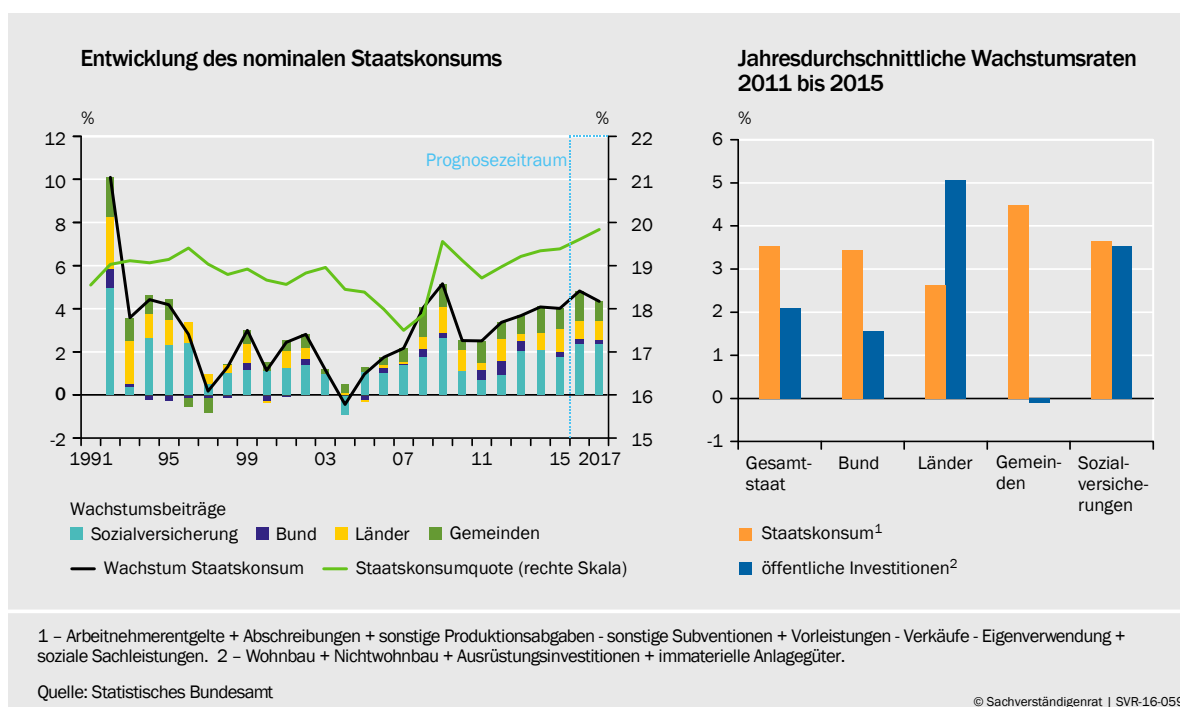
Quelle: Statistisches Bundesamt

© Sachverständigenrat | SVR-16-052

dieser leicht über dem im Jahresgutachten 2015/16 veranschlagten Wert. Durch die gesteigerte Flüchtlingsmigration zum Jahresende 2015 erhöhen sich die geschätzten Ausgaben für Asylsuchende im aktuellen Jahr zwar leicht. [↘ ZIFFER 55](#) Die Bundesregierung hat darüber hinaus angekündigt, Zahlungen an Hilfsorganisationen für syrische Flüchtlinge in Höhe von 2,3 Mrd Euro über die kommenden drei Jahre zu leisten und sich bis 2017 mit etwa 500 Mio Euro an Unterstützungsmaßnahmen für die Türkei zu beteiligen. Die bessere Entwicklung am Arbeitsmarkt führt jedoch aufgrund höherer Einnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Sozialbeiträge zu einem günstigeren Finanzierungssaldo.

- 42. Die **gesamtstaatlichen Ausgaben** steigen im laufenden Jahr mit voraussichtlich 3,6 % relativ dynamisch. Der Staatskonsum nimmt mit 4,8 % stärker zu als im Vorjahr. Dazu tragen zwar die direkten Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration bei. Diese erklären jedoch nur einen Teil der Dynamik. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise stieg die Staatskonsumquote stetig auf 19,4 % im Jahr 2015. [↘ ABBILDUNG 10 LINKS](#) Die jährliche Wachstumsrate des nominalen Staatskonsums liegt seit 2012 höher als 3 % und weist dabei eine steigende Tendenz auf. Dazu tragen insbesondere Ausgaben für Gesundheit und Pflege sowie die sozialen Sachleistungen bei.
- 43. Der Wachstumsbeitrag der **Gebietskörperschaften** zum Anstieg des Staatskonsums lag seit dem Jahr 2010 meist über dem der Sozialversicherungen. Dies wurde vor allem vom Wachstum bei den Konsumausgaben der Länder und Gemeinden und weniger beim Bund verursacht. Allerdings stieg der Anteil von Ländern und Gemeinden an den sozialen Sachleistungen seit 2010 von 13,0 % auf 14,2 %.
- 44. Noch deutlicher wird die dynamische Entwicklung des **Staatskonsums** beim Vergleich mit den **Bruttoinvestitionen des Staates**. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Staatskonsums seit dem Jahr 2010 bis zum Jahr 2015 belief sich

[↘ ABBILDUNG 10](#)
Vergleich Staatskonsum und öffentliche Investitionen



auf 3,5 %, bei den Investitionen nur auf 2,1 %. [↘ ABBILDUNG 10 RECHTS](#) Darin zeigt sich, mit welcher hoher Priorität in den vergangenen fünf Jahren die Ausweitung des staatlichen Konsums betrieben wurde. Die Differenz ist am höchsten bei den Gemeinden. Lediglich bei den Ländern sind die Investitionen stärker angestiegen als der Konsum. Dies liegt allerdings vor allem am starken Wachstum im Jahr 2011. Seit diesem Jahr sind die jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten beider Komponenten bei den Ländern ähnlich hoch.

45. Am aktuellen Rand scheint sich die Divergenz in der Entwicklung von Staatskonsum und öffentlichen Investitionen zumindest abzuschwächen. Im Prognosezeitraum bis 2017 liegt die erwartete Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen wieder über derjenigen des Staatskonsums. Dies hängt zum einen mit dem Investitionsprogramm des Bundes in Höhe von 10 Mrd Euro zusammen, in dessen Rahmen ebenfalls Zusagen an die Kommunen gemacht wurden. Zum anderen stiegen die Ausrüstungsinvestitionen des Bundes im zweiten Halbjahr 2015 aufgrund des Erwerbs von Flugzeugen für die Bundeswehr um 1,9 Mrd Euro stärker als im Vorjahr. Im laufenden und im kommenden Jahr ist weiterhin mit hohen Rüstungsinvestitionen zu rechnen. Die dynamische Entwicklung des Konsum und der Investitionen resultiert in einer leicht **steigenden Staatsquote** (von 44,0 % im Jahr 2015 auf 44,2 % im Jahr 2017).
46. Die **gesamstaatlichen Einnahmen** steigen im Jahr 2016 voraussichtlich um 2,7 %. Diese relativ niedrige Wachstumsrate resultiert zum Beispiel aus Entlastungen bei der Einkommensteuer. Bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer kommt es aufgrund von Steuererstattungen im Jahr 2016 zu Mindereinnahmen in Höhe von etwa 5,5 Mrd Euro. Die Grunderwerbsteuer steigt wieder langsamer. Der Grund für die hohen Wachstumsraten in den Vorjahren war eine zunehmende Umschlagshäufigkeit. Insgesamt wird bei den Steuereinnahmen mit einem Zuwachs von 2,0 % für das Jahr 2016 gerechnet.
47. Die Einnahmen aus **Sozialbeiträgen** steigen einerseits wie im Herbst erwartet aufgrund der positiven Beschäftigungsentwicklung deutlich an. [↘ TABELLE 6](#) Andererseits kommt es im Prognosezeitraum per Saldo voraussichtlich zu etwas höheren Beitragssätzen: Bei der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte der durchschnittliche Zusatzbeitrag im Jahr 2016 um 0,2 Prozentpunkte steigen. Der Beitragssatz für die Pflegeversicherung steigt im Jahr 2017 aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes II um 0,2 Prozentpunkte. Bei der Gesetzlichen Rentenversicherung rechnet der Sachverständigenrat aufgrund der relativ hohen Nachhaltigkeitsrücklage mit einer leichten Senkung des Beitragssatzes im Jahr 2017 um 0,1 Prozentpunkte.
48. Für 2017 erwartet der Sachverständigenrat einen Finanzierungssaldo in Höhe von 0,3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die **Schuldenstandsquote** dürfte damit am Ende des Jahres 2017 bei etwa 65,5 % des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Insgesamt erscheinen die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsmigration nach wie vor ohne neue Schulden oder Steuererhöhungen finanzierbar. Für eine weitere **Expansion der Fiskalpolitik** gibt es jedoch mit Blick auf die Schuldenbremse, die relativ hohe Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Flüchtlingsmigration sowie die langfristigen Herausforderungen keine Spielräume. Dies zeigt sich auch am strukturellen Finanzierungssaldo, der in den Jahren 2016 und 2017 bei 0,5 % und 0,0 % liegt.

III. UPDATE ZUR FLÜCHTLINGSMIGRATION

49. Im Jahresgutachten 2015/16 hat der Sachverständigenrat die möglichen volkswirtschaftlichen Effekte der Flüchtlingsmigration für die Jahre 2015 und 2016 anhand einer **Szenarioanalyse** abgeschätzt. Diese zeigte, dass (i) die direkten Ausgaben für die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren tragbar sind (JG 2015 Ziffer 28) und (ii) das Erwerbspersonen- und das Produktionspotenzial mittelfristig nur moderat ansteigen werden (JG 2015 Ziffern 526 ff.). Dem Basisszenario lag die Annahme von einer Million Registrierungen im Jahr 2015 zugrunde (JG 2015 Ziffern 22 ff.). Die aktuell verfügbaren Daten weisen insgesamt 1,1 Millionen Registrierungen im Erstverteilungssystem für Asylbegehrende (EASY) aus.
50. Im vergangenen Jahr wurden trotz der hohen Zahl von Registrierungen im EASY-System nur 480 000 Asylanträge gestellt. Neben Fehl- oder Doppelerfassungen und Weiterreisen sind **Verfahrensentpässe** ein Grund für das Auseinanderfallen dieser Zahlen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schätzt, dass 300 000 bis 400 000 Personen aufgrund von bestehenden Kapazitätsgrenzen noch keinen Asylantrag stellen konnten (Weise, 2016). Weitere Kapazitätsgrenzen bestehen bei der Bearbeitung von bereits gestellten Anträgen. So ist der **Bearbeitungsstau** bei den Entscheidungen über die Asylanträge weiter angestiegen. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt rund 290 000 Entscheidungen getroffen. Zum Monatsende Februar waren 400 000 Verfahren beim BAMF anhängig (BAMF, 2016).
51. Diese neuen Informationen legen nahe, dass feste Bearbeitungszeiten, wie sie der Sachverständigenrat im Herbst unterstellt hatte, die Verfahrensdauer zum jetzigen Zeitpunkt tendenziell unterschätzen. Dies hat direkte Auswirkungen auf die fiskalischen Kosten und den Zugang der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Die Dauer des Asylverfahrens und damit die **Zahl der anerkannten Flüchtlinge** werden deshalb unter der Annahme zweier Kapazitätsgrenzen bei der Antragsstellung und -bearbeitung geschätzt. [↪ KASTEN 2](#)

[↪ KASTEN 2](#)

Szenarien zur Abschätzung volkswirtschaftlicher Effekte der Flüchtlingsmigration

Aufbauend auf der Analyse im Jahresgutachten (JG 2015 Ziffern 22 ff.) wurden die dort dargestellten Szenarien aktualisiert und erweitert. Aufgrund niedrigerer EASY-Registrierungen infolge von Grenzschließungen der Balkanstaaten sowie geplanter Maßnahmen in der Ägäis und Kooperationen mit der Türkei wurde zudem ein Szenario mit geringerer Zuwanderung ergänzt. Des Weiteren bildet ein neues Szenario mit höherer Schutzquote und langsamerer Integration eine mögliche stärkere dauerhafte Duldung abgelehnter Asylbewerber ab. [↪ TABELLE 7](#) Das Szenario mit zügigeren Verfahren aus dem Jahresgutachten 2015/16 wird hier nicht abgebildet.

Anstelle von festen Bearbeitungszeiten wird nun angenommen, dass monatlich nur eine bestimmte Zahl von Anträgen gestellt werden kann (1. Kapazitätsgrenze) und nur über eine bestimmte Zahl von Anträgen entschieden werden kann (2. Kapazitätsgrenze). So werden Engpässe von der Einreise bis zur Antragstellung sowie von der Antragstellung bis zur Entscheidung über den Asylantrag abgebildet. Als aktuelle Kapazitätsgrenze wird jeweils der Mittelwert der Anträge beziehungsweise Entscheidungen von Dezember 2015 bis Februar 2016 angesetzt. Für März 2016 liegen die Kapazitätsgrenzen

bei rund 58 000 beziehungsweise 50 000. Im Modell werden die so ermittelten Bearbeitungskapazitäten sukzessive ausgebaut, sodass monatlich immer mehr Asylsuchende einen Antrag stellen und immer mehr dieser Asylanträge bearbeitet werden können. Die Geschwindigkeit des Ausbaus wird in den Szenarien variiert. Der Ausbau endet, wenn eine monatliche Zahl von jeweils 85 000 Anträgen und Entscheidungen erreicht ist. So werden langfristig rund eine Million Anträge und eine Million Entscheidungen pro Jahr möglich.

↳ TABELLE 7

Annahmen der Szenarien zu den Auswirkungen der Flüchtlingsmigration

Annahmen / Szenarien	Basis-szenario	Szenario			
		geringere Zuwanderung	höhere Gesamt-schutz-quote, langsamere Integration	höhere Zuwan-derung, langsamere Verfahren und Integration	höhere Ausgaben, bessere Integration
EASY-Registrierungen 2016 ¹	750 000	375 000	750 000	900 000	750 000
EASY-Registrierungen 2017 ¹	500 000	250 000	500 000	600 000	500 000
Asylantragsteller ²	80 %	100 % ³	80 %	80 %	80 %
Ausbau der Kapazitätsgrenzen um jeweils ⁴	3 %	3 %	3 %	2 %	3 %
... bis zu einer Obergrenze von jeweils			85 000		
Anteil der Anerkennungen (Schutzquote ab 2016) ⁵	60 %	60 %	80 %	60 %	60 %
Anerkannte Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter ⁶			72 %		
Partizipationsquote im 1. / 2. / 3. Jahr in % ^{7,8}	40/50/55	40/50/55	40/40/45	40/40/45	40/40/55
Erwerbslosenquote im 1. / 2. / 3. Jahr in % ^{7,9}	80/60/45	80/60/45	80/70/55	80/70/55	80/45/30
Monatliche Bruttoausgaben im Verfahren ^{10,11}		800 Euro			1 000 Euro
Monatliche Pauschale für Verwaltungsausgaben ¹¹		100 Euro			200 Euro
Monatliche SGBII-Leistungen ¹²			550 Euro		
Jährliche Integrationspauschale im 1. / 2. Jahr ⁷		2 000/ 1 000 Euro			3 000/ 1 500 Euro
Einmalige Pauschale bei Ausreise		500 Euro			1 500 Euro
Duldung nach Ablehnung des Asylantrags		4 Monate, für 5 % weitere 20 Monate			

1 - An Folgemigration wird zudem ein Aufschlag in Höhe von 10 % der anerkannten Flüchtlinge des Vorjahrs angenommen. 2 - Abschlag aufgrund von Rück- oder Weiterreisen und Doppelzählungen. 3 - Ab März 2016. Vorher 80 %. 4 - Die Kapazitätsgrenze bei der Antragstellung ergibt sich aus dem Mittelwert der Anträge der letzten 3 Monate. Diese Grenze wird monatlich um den angegebenen Prozentsatz bis zu einer Kapazitätsgrenze von 85 000 monatlichen Antragstellungen ausgeweitet. Analog ergibt sich die Kapazitätsgrenze bei den Entscheidungen über Asylanträge aus dem Mittelwert der Entscheidungen der vergangenen 3 Monate. Die Mindestbearbeitungszeit des Asylantrags beträgt 2 Monate. 5 - Bezogen auf den Zeitpunkt der Ankunft. In den Jahren 2014 und 2015 wird die Gesamtschutzquote ebenfalls geschätzt. Sie steigt annahmegemäß bis zum oben angegebenen Wert. 6 - Zudem wird unterstellt, dass die erwerbsfähige Bevölkerung jährlich um 1/18 der seit dem Jahr 2015 anerkannten Flüchtlinge anwächst, die im jeweiligen Vorjahr nicht im erwerbsfähigen Alter waren. 7 - Bezogen auf den Zeitpunkt der Anerkennung. 8 - Anerkannte Flüchtlinge, die arbeitsmarktpolitische Maßnahmen absolvieren, gelten als inaktiv, wenn sie nicht gleichzeitig erwerbstätig sind. 9 - Erwerbstätigenquote = 100 % - Erwerbslosenquote. 10 - Für die Zeit der Duldung fallen monatliche Ausgaben in Höhe der Bruttoausgaben im Verfahren an. Geduldete nehmen nicht am Arbeitsmarkt teil. 11 - Für Asylsuchende, Asylbewerber und Geduldete pro Person. 12 - Für 75 % der anerkannten Flüchtlinge im 1. Jahr nach Anerkennung pro Person. Ab dem 2. Jahr nach Anerkennung ergibt sich der Anteil von Leistungsbeziehern analog zur Erwerbslosenquote des Szenarios.

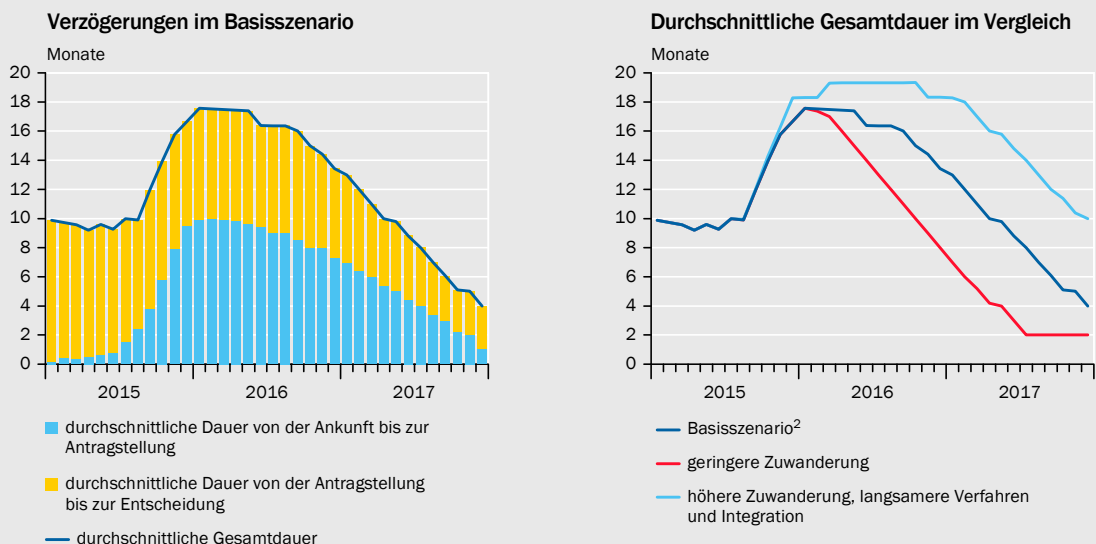
© Sachverständigenrat | SVR-16-072

Mit Hilfe dieser Modellerweiterung lässt sich die durchschnittliche Verweildauer bis zur Registrierung und bis zur Entscheidung über den Asylantrag endogen bestimmen. ↳ [ABBILDUNG 11 LINKS](#) Die Zeitspanne ergibt sich aus dem bereits vorhandenen Bearbeitungsstau, den monatlichen Zugangszahlen und den vorherrschenden Verwaltungskapazitäten. Die Szenarioanalyse zeigt, dass die durchschnittliche Dauer von der Einreise bis zur Entscheidung über den Asylantrag trotz einer Ausweitung der Kapazitäten zunächst steigen wird. Dies liegt an den bereits bestehenden Bearbeitungsstaus und den weiterhin vergleichsweise hohen Zuwanderungszahlen. So kann ein Asylsuchender, der im März 2016 erstmalig erfasst wird, erst nach mehr als 17 Monaten mit einer Entscheidung rechnen. Davon entfallen allein 10 Monate auf die Wartezeit bis zur Antragstellung. Bis März 2017 verkürzt

sich die durchschnittliche Gesamtdauer auf 11 Monate, wovon 5 Monate auf die Zeit bis zur Antragstellung und 6 Monate auf die Dauer des offiziellen Asylverfahrens entfallen.

↳ **ABBILDUNG 11**

Projektion der Zeitverzögerungen bis zur Asylgewährung¹



1 – Angegeben ist jeweils die durchschnittliche Zeitverzögerung für Personen, die in dem jeweiligen Monat ankommen. Die Gesamtdauer ergibt sich durch die Dauer von der Ankunft bis zur Antragstellung sowie die Dauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung über den Asylantrag. 2 – Die durchschnittliche Gesamtdauer im Basisszenario entspricht derjenigen des Szenarios mit höheren Ausgaben und besserer Integration sowie der des Szenarios mit höherer Gesamtschutzquote und langsamerer Integration.

Quelle: eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | SVR-16-066

In dem Szenario mit geringerer Zuwanderung wären die Bearbeitungsstaus durch die stärker nachlassende Flüchtlingsmigration zur Mitte des kommenden Jahres aufgelöst. ↳ **ABBILDUNG 11 RECHTS** In dem Szenario mit höherer Zuwanderung und einem langsameren Ausbau der Kapazitäten bestünden auch dann noch erhebliche Bearbeitungsstaus. Dies schlägt sich in einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Gesamtdauer nieder.

In den Szenarien wird angenommen, dass alle abgelehnten Asylbewerber noch vier Monate nach der Entscheidung in Deutschland bleiben und dieselben Ausgaben wie Asylbewerber verursachen. Von diesen Personen wird ein Anteil von 5 % für einen begrenzten Zeitraum von weiteren 20 Monaten geduldet. Diese Personen nehmen annahmegemäß nicht am Erwerbsleben teil und werden mit denselben Ausgaben berücksichtigt. Ein hoher (Alt-)Bestand an Geduldeten deutet jedoch auf eine weniger konsequente Abschiebepaxis in der Vergangenheit hin. Diese Erfahrung resultiert in höheren Gesamtschutzquoten in den Angaben des BAMF, in denen Abschiebeverbote teils berücksichtigt werden. Im Modell des Sachverständigenrates bildet die Gesamtschutzquote ebenfalls den Anteil der faktisch in Deutschland bleibenden Flüchtlinge ab.

Um zu berücksichtigen, dass eine höhere Anzahl von abgelehnten Asylbewerbern dauerhaft in Deutschland bleiben und am Erwerbsleben teilnehmen könnte, wird in einem zusätzlichen Szenario eine höhere Schutzquote angenommen. Zudem wird eine langsamere Arbeitsmarktintegration unterstellt, da dauerhaft Geduldete erst später am Erwerbsleben teilnehmen dürften als anerkannte Flüchtlinge. Insgesamt ändern sich die gesamten direkten Kosten im Prognosezeitraum durch diese Annahme kaum. Sie nehmen lediglich im Jahr 2017 leicht zu. Zwar steigen die Ausgaben für soziale Leistungen durch eine größere Anzahl von anerkannten Flüchtlingen. Gleichzeitig nehmen die relativ hohen Kosten für Geduldete jedoch ab. Mittelfristig dürften die Mehrausgaben im Vergleich zum Basisszenario aufgrund der höheren Anzahl von Leistungsbeziehern leicht ansteigen. Langfristig hängen diese Mehrkosten entscheidend davon ab, wie erfolgreich anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden. Im Falle eines schnellen Einstiegs in Beschäftigung sind die Mehrkosten durch eine höhere Anzahl anerkannter Flüchtlinge langfristig überschaubar.

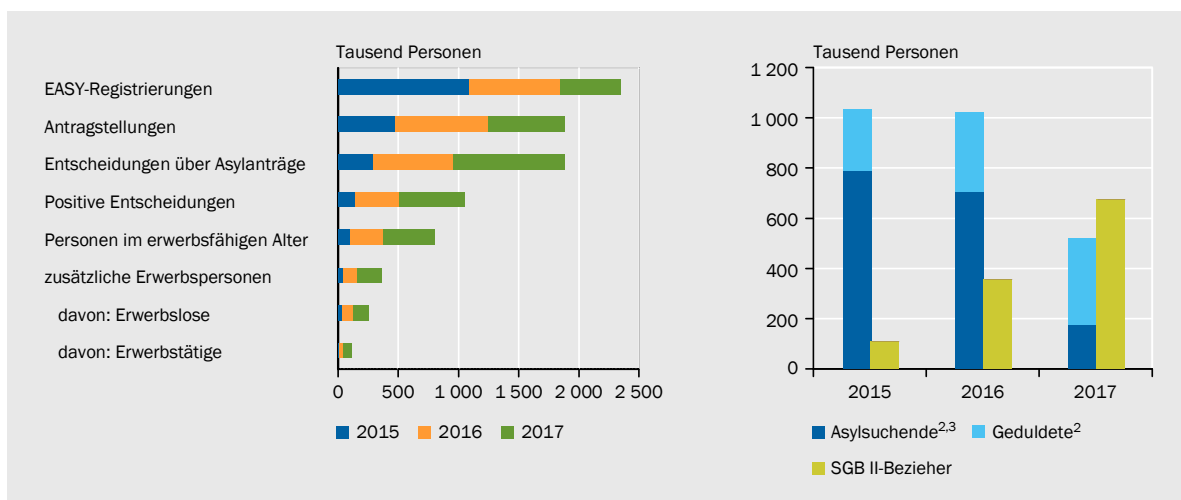
52. Trotz der höheren Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 führen die Verzögerungen bei den Asylverfahren dazu, dass erst in den kommenden Jahren verstärkt anerkannte Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eintreten werden. Im **Basisszenario** dürften in diesem Jahr 365 000 Asylbewerber anerkannt werden, im kommenden Jahr weitere 545 000 Asylbewerber. Von den anerkannten Flüchtlingen werden zum Jahresende 2017 etwa 360 000 Personen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. [↘ ABBILDUNG 12](#) Der mit 250 000 Personen größere Teil dieser Erwerbspersonen dürfte erwerbslos sein, während voraussichtlich etwa 110 000 Personen erwerbstätig sind.
53. Die Annahmen zur **Erwerbsbeteiligung der anerkannten Flüchtlinge** (Partizipations- und Erwerbslosenquote) werden in den verschiedenen Szenarien variiert und bleiben im Vergleich zum Jahresgutachten 2015/16 unverändert. Es zeigt sich über alle Szenarien hinweg, dass insbesondere in diesem Jahr die **Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf die Erwerbstätigenzahlen moderat** sind.

Die Verzögerungen bis zur Anerkennung führen dazu, dass je nach Szenario bis zum Jahresende 2016 zwischen 30 000 bis 45 000 zusätzliche Personen im Vergleich zum Jahr 2014 erwerbstätig sind. Dem stehen in diesem Jahr etwa 110 000 bis 140 000 arbeitslose anerkannte Flüchtlinge gegenüber. Im Jahr 2017 steigt die Anzahl der erwerbstätigen anerkannten Flüchtlinge auf 80 000 bis 130 000 Personen an, während sich die Anzahl der arbeitslosen anerkannten Flüchtlinge im Vergleich zum Jahr 2014 um 210 000 bis 310 000 Personen erhöht. [↘ ABBILDUNG 13 LINKS](#)

54. Die längeren Verfahrensdauern sowie die höhere Flüchtlingsmigration im vergangenen Jahr erhöhen die geschätzten direkten **Bruttoausgaben der öffentlichen Haushalte**. Ergänzend zu den Annahmen aus dem Jahresgutachten (JG 2015 Tabelle 2) werden aufgrund des längeren Schätzhorizonts zusätzliche Annahmen zu den SGB II Leistungsbeziehern sowie zu den Ausgaben für Integrationsmaßnahmen in den Folgejahren getroffen. Zudem wird ein monatlicher Aufschlag an Verwaltungsausgaben bei den direkten Ausgaben ausgewiesen. [↘ TABELLE 7](#) Die Analyse schließt jedoch in-

[↘ ABBILDUNG 12](#)

Stufen der Arbeitsmarktintegration und Empfänger von sozialen Leistungen im Basisszenario (2015-2017)¹



1 – Jeweils Stand zum Jahresende. 2 – Für Asylsuchende und Geduldete fallen annahmegemäß dieselben Ausgaben an. 3 – Personen, die noch keinen Asylantrag gestellt haben oder sich im Asylverfahren befinden.

Quelle: eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | SVR-16-071

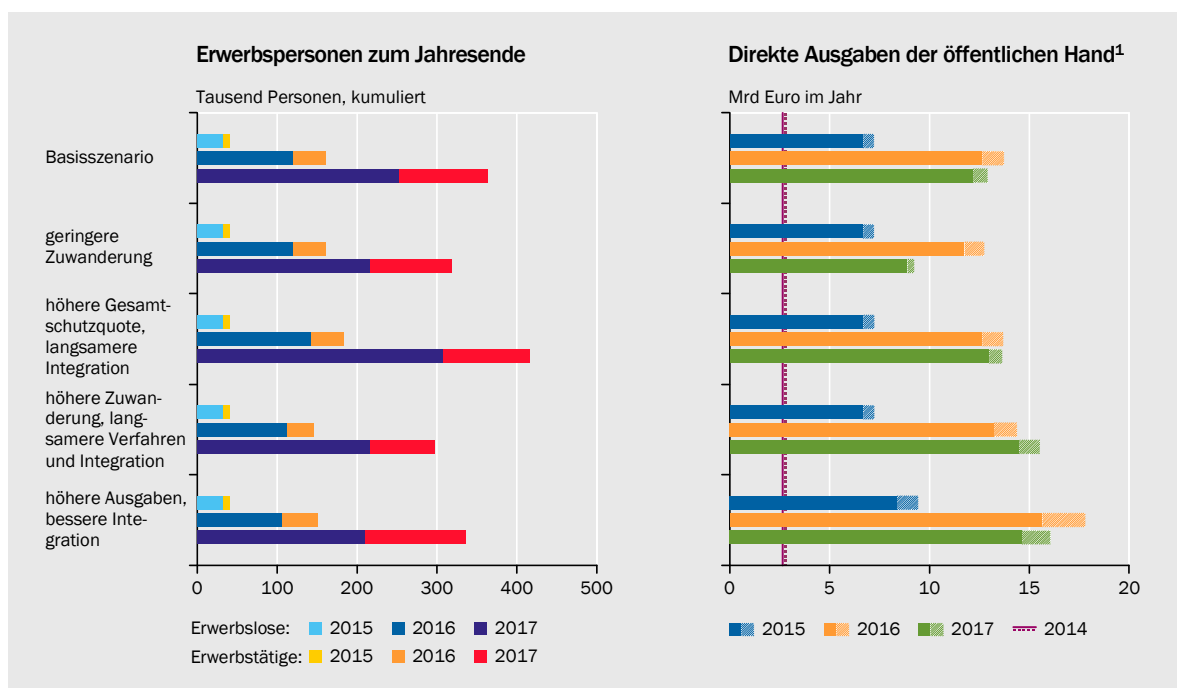
direkte Ausgaben wie beispielsweise zusätzliche Investitionen (Wohnungsbau, Infrastruktur etc.) weiterhin nicht ein.

- 55. Für die **Prognose des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos** ergeben sich aus dem Basisszenario im Jahr 2016 direkte jährliche Bruttoausgaben für die öffentlichen Haushalte in Höhe von 13,7 Mrd Euro (ohne zusätzlich ausgewiesene Verwaltungsausgaben 12,6 Mrd Euro). [ABBILDUNG 13 RECHTS](#) Aufgrund der höheren Flüchtlingsmigration im vergangenen Jahr sowie der längeren Verfahrensdauer liegt dieser Wert 1,5 Mrd Euro über demjenigen des Jahresgutachtens 2015/16. Wegen der unterstellten rückläufigen Zuwanderungszahlen, der zunehmenden Arbeitsmarktintegration und der Ausreise abgelehnter Asylbewerber sinken die Ausgaben im folgenden Jahr leicht auf 12,9 Mrd Euro (12,2 Mrd Euro). Dies entspricht in beiden Jahren jeweils 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts.
- 56. In den Szenarien variieren die Ausgaben im Jahr 2016 zwischen 12,7 Mrd Euro im Szenario mit geringerer Zuwanderung und 17,8 Mrd Euro im Szenario mit höherer Zuwanderung und langsameren Verfahren, im Jahr 2017 zwischen 9,3 Mrd Euro und 16,1 Mrd Euro. Nach wie vor dürften diese **Mehrausgaben** ohne neue Schulden oder Steuererhöhungen **finanzierbar** sein.

Dieses Ergebnis entspricht im Kern den Analysen anderer Institutionen (RWI, 2016; Bundesbank, 2015). Mit der Methode der Generationenbilanzierung kommt Bonin (2016) zu qualitativ ähnlichen Schlussfolgerungen, Raffelhüschen und Moog (2016) hingegen nicht. Allerdings ist dieser langfristige Betrachtungsansatz methodisch nicht mit der kameralistischen Analyse direkter Ausgaben vergleichbar.

▽ ABBILDUNG 13

Projektion der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und der Bruttoausgaben



1 – Schraffierte Flächen zeigen zusätzlich zum JG 2015/16 ausgewiesene Ausgaben für Verwaltung und Personal.

Quelle: eigene Berechnungen

TABELLE 8

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Absolute Werte

	Einheit	2015	2016 ¹	2017 ¹	2016 ¹		2017 ¹	
					1. Hj.	2. Hj. ¹	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 220,1	2 289,0	2 364,0	1 116,0	1 173,0	1 151,1	1 213,0
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 633,4	1 674,0	1 722,4	818,1	855,9	840,2	882,1
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	586,7	615,0	641,7	298,0	317,1	310,9	330,8
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	606,2	632,6	660,6	302,8	329,8	316,7	343,9
Ausrüstungsinvestitionen	Mrd Euro	200,1	207,0	216,5	98,1	109,0	102,8	113,7
Bauinvestitionen	Mrd Euro	297,7	312,2	325,3	149,6	162,6	156,2	169,1
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	108,5	113,3	118,8	55,2	58,2	57,7	61,1
Inländische Verwendung	Mrd Euro	2 789,8	2 885,8	2 989,1	1 412,5	1 473,3	1 462,9	1 526,2
Exporte	Mrd Euro	1 419,6	1 445,3	1 502,7	711,0	734,3	741,8	760,8
Importe	Mrd Euro	1 183,5	1 194,2	1 257,2	583,6	610,6	612,6	644,6
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	3 025,9	3 136,9	3 234,6	1 539,8	1 597,1	1 592,1	1 642,5
Verkettete Volumenangaben								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 061,6	2 105,2	2 141,9	1 032,8	1 072,4	1 050,0	1 091,9
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 532,5	1 562,4	1 586,6	765,1	797,3	776,1	810,5
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	529,1	542,7	555,0	267,6	275,1	273,6	281,4
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	558,4	574,8	591,3	275,5	299,3	283,8	307,4
Ausrüstungsinvestitionen	Mrd Euro	195,9	201,8	209,9	95,0	106,7	99,1	110,8
Bauinvestitionen	Mrd Euro	263,3	271,3	277,0	130,6	140,7	133,7	143,3
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	99,6	102,1	105,1	49,9	52,2	51,2	53,8
Inländische Verwendung	Mrd Euro	2 586,4	2 644,7	2 698,7	1 304,6	1 340,1	1 331,5	1 367,2
Exporte	Mrd Euro	1 350,9	1 383,9	1 433,5	681,3	702,6	708,4	725,1
Importe	Mrd Euro	1 153,6	1 205,4	1 267,5	586,6	618,8	618,7	648,8
Bruttoinlandsprodukt	Mrd Euro	2 782,6	2 823,3	2 867,6	1 398,9	1 424,4	1 421,8	1 445,7
Preisentwicklung (Deflatoren)								
Konsumausgaben	2010=100	107,7	108,7	110,4	108,1	109,4	109,6	111,1
Private Konsumausgaben ²	2010=100	106,6	107,1	108,6	106,9	107,4	108,3	108,8
Konsumausgaben des Staates	2010=100	110,9	113,3	115,6	111,3	115,2	113,6	117,5
Bruttoanlageinvestitionen	2010=100	108,6	110,1	111,7	109,9	110,2	111,6	111,9
Ausrüstungsinvestitionen	2010=100	102,1	102,6	103,2	103,2	102,2	103,8	102,7
Bauinvestitionen	2010=100	113,1	115,1	117,4	114,5	115,6	116,9	118,0
Sonstige Anlagen	2010=100	108,9	111,0	113,1	110,6	111,5	112,6	113,5
Inländische Verwendung	2010=100	107,9	109,1	110,8	108,3	109,9	109,9	111,6
Terms of Trade	2010=100	102,4	105,4	105,7	104,9	105,9	105,8	105,6
Exporte	2010=100	105,1	104,4	104,8	104,4	104,5	104,7	104,9
Importe	2010=100	102,6	99,1	99,2	99,5	98,7	99,0	99,4
Bruttoinlandsprodukt	2010=100	108,7	111,1	112,8	110,1	112,1	112,0	113,6
Entstehung des Inlandsprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	43 032	43 519	43 918	43 222	43 816	43 611	44 224
Arbeitsvolumen	Mio Std.	58 999	59 663	60 230	29 153	30 510	29 360	30 870
Produktivität (Stundenbasis)	2010=100	104,2	104,6	105,2	106,0	103,1	107,0	103,4
Verteilung des Volkseinkommens								
Volkseinkommen	Mrd Euro	2 260,6	2 345,5	2 420,7	1 137,2	1 208,3	1 177,6	1 243,1
Arbeitnehmerentgelte	Mrd Euro	1 543,1	1 601,2	1 658,4	766,5	834,8	794,7	863,7
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd Euro	1 262,7	1 311,6	1 359,7	626,4	685,2	649,9	709,8
darunter: Nettolöhne und -gehälter ³	Mrd Euro	838,4	870,8	898,3	412,0	458,8	425,4	473,0
Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Mrd Euro	717,5	744,3	762,3	370,8	373,5	382,9	379,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²	Mrd Euro	1 757,7	1 807,2	1 855,9	896,0	911,2	921,0	934,9
Sparquote der privaten Haushalte ^{2,4}	%	9,7	9,9	9,7	11,2	8,7	11,2	8,2
nachrichtlich:								
reale Lohnstückkosten ⁵	2010=100	101,4	101,0	101,2	98,8	103,3	98,8	103,7
Verbraucherpreise	2010=100	106,9	107,2	108,7	106,8	107,6	108,2	109,3
1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 4 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 5 – Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).								
Quelle: Statistisches Bundesamt								

NOCH TABELLE 8

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

2015	2016 ¹	2017 ¹	2016 ¹		2017 ¹		
			1. Hj.	2. Hj. ¹	1. Hj.	2. Hj.	
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen							
3,0	3,1	3,3	3,3	2,9	3,1	3,4	Konsumausgaben
2,6	2,5	2,9	2,7	2,3	2,7	3,1	Private Konsumausgaben ²
4,0	4,8	4,3	5,0	4,6	4,3	4,3	Konsumausgaben des Staates
3,6	4,4	4,4	4,6	4,1	4,6	4,3	Bruttoanlageinvestitionen
5,4	3,5	4,6	4,0	3,0	4,8	4,3	Ausrüstungsinvestitionen
2,0	4,9	4,2	5,1	4,7	4,4	4,0	Bauinvestitionen
4,7	4,5	4,8	4,6	4,4	4,6	5,1	Sonstige Anlagen
2,6	3,4	3,6	3,6	3,3	3,6	3,6	Inländische Verwendung
6,5	1,8	4,0	1,8	1,8	4,3	3,6	Exporte
4,1	0,9	5,3	0,8	1,0	5,0	5,6	Importe
3,8	3,7	3,1	3,8	3,5	3,4	2,8	Bruttoinlandsprodukt
Verkettete Volumenangaben							
2,1	2,1	1,7	2,4	1,9	1,7	1,8	Konsumausgaben
1,9	2,0	1,6	2,2	1,7	1,4	1,7	Private Konsumausgaben ²
2,4	2,6	2,3	2,7	2,4	2,2	2,3	Konsumausgaben des Staates
2,2	2,9	2,9	3,3	2,6	3,0	2,7	Bruttoanlageinvestitionen
4,8	3,0	4,0	3,5	2,5	4,3	3,8	Ausrüstungsinvestitionen
0,3	3,1	2,1	3,4	2,7	2,3	1,9	Bauinvestitionen
2,7	2,5	2,9	2,6	2,4	2,8	3,1	Sonstige Anlagen
1,6	2,3	2,0	2,5	2,0	2,1	2,0	Inländische Verwendung
5,4	2,4	3,6	2,6	2,3	4,0	3,2	Exporte
5,8	4,5	5,2	4,4	4,6	5,5	4,8	Importe
1,7	1,5	1,6	1,8	1,2	1,6	1,5	Bruttoinlandsprodukt
Preisentwicklung (Deflatoren)							
0,9	1,0	1,5	0,9	1,0	1,5	1,6	Konsumausgaben
0,6	0,5	1,3	0,4	0,6	1,3	1,4	Private Konsumausgaben ²
1,6	2,2	2,0	2,3	2,1	2,0	2,0	Konsumausgaben des Staates
1,4	1,4	1,5	1,3	1,5	1,5	1,5	Bruttoanlageinvestitionen
0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,6	0,5	Ausrüstungsinvestitionen
1,7	1,8	2,0	1,6	2,0	2,0	2,1	Bauinvestitionen
2,0	2,0	1,8	2,0	2,0	1,8	1,9	Sonstige Anlagen
1,0	1,2	1,5	1,1	1,2	1,5	1,5	Inländische Verwendung
2,7	2,9	0,3	2,8	3,0	0,9	- 0,3	Terms of Trade
1,0	- 0,6	0,4	- 0,7	- 0,5	0,4	0,4	Exporte
- 1,6	- 3,4	0,1	- 3,4	- 3,5	- 0,5	0,7	Importe
2,1	2,2	1,5	2,0	2,3	1,7	1,3	Bruttoinlandsprodukt
Entstehung des Inlandsprodukts							
0,8	1,1	0,9	1,2	1,1	0,9	0,9	Erwerbstätige (Inland)
1,1	1,1	1,0	1,3	0,9	0,7	1,2	Arbeitsvolumen
0,6	0,3	0,6	0,4	0,2	0,9	0,3	Produktivität (Stundenbasis)
Verteilung des Volkseinkommens							
3,9	3,8	3,2	3,9	3,6	3,6	2,9	Volkseinkommen
3,9	3,8	3,6	4,0	3,6	3,7	3,5	Arbeitnehmerentgelte
4,0	3,9	3,7	4,2	3,6	3,8	3,6	Bruttolöhne und -gehälter
							darunter: Nettolöhne und
3,7	3,9	3,2	4,4	3,4	3,2	3,1	-gehälter ³
							Unternehmens- und Vermögens-
3,9	3,7	2,4	3,8	3,6	3,3	1,6	einkommen
							Verfügbares Einkommen der privaten
2,8	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,6	Haushalte ²
.	Sparquote der privaten Haushalte ^{2,4}
nachrichtlich:							
- 0,2	- 0,3	0,2	- 0,2	- 0,5	0,0	0,4	reale Lohnstückkosten ⁵
0,3	0,3	1,4	0,1	0,5	1,3	1,5	Verbraucherpreise

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 4 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 5 – Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

LITERATUR

BAMF (2016), *Asylgeschäftsstatistik für den Monat Februar 2016*, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Bank of Japan, (2016), *Outlook for economic activity and prices – January 2016*, Tokio.

Baumeister, C. und L. Kilian (2015), *Understanding the decline in the price of oil since June 2014*, CFS Working Paper No. 501, Center for Financial Studies, Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

Baumeister, C. und G. Peersman (2013), The role of time-varying price elasticities in accounting for volatility changes in the Crude oil market, *Journal of Applied Econometrics* 28, 1087-1109.

BIZ (2016), Turbulenzen lösen angespannte Ruhe ab, *BIZ-Quartalsbericht März 2016*, 1-17.

Bonin, H. (2016), *Humanitäre Zuwanderung nach Deutschland: Fiskalische Kosten und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf*, Arbeitspapier, mimeo.

CBO (2016), *The Budget and Economic Outlook: 2016 to 2026, January 2016*, Congressional Budget Office, Washington, DC.

Deutsche Bundesbank (2016a), Über die Hintergründe und Folgen des Ölpreistrückgangs, *Monatsbericht* Februar 2016, 13-15.

Deutsche Bundesbank (2016b), Geldpolitik und Bankgeschäft. *Monatsbericht* Februar 2016, 23-36.

Deutsche Bundesbank (2015), Die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung – Unterstellte Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen, *Monatsbericht* Dezember 2015, 26-30.

Draghi, M. (2016a), *Einleitende Bemerkungen*, Rede, Pressekonferenz der Europäischen Zentralbank, Frankfurt am Main, 21. Januar 2016.

Draghi, M. (2016b), *Wie Zentralbanken der Herausforderung einer niedrigen Inflation begegnen*, Rede, SUERF-Kolloquium der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, 4. Februar 2016

Europäische Kommission (2016), *European Economic Forecast – Winter 2016*, Institutional Paper 020, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.

Europäische Kommission (2015), *European Economic Forecast – Winter 2016*, European Economy 1|2015, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.

Felbermayr, G., J. Gröschl und T. Steinwachs (2016), Handelseffekte von Grenzkontrollen, *ifo Schnelldienst* 5/2016, 18-27.

Hamilton, J. (2015), *Demand factors in the collapse of oil prices*, <http://econbrowser.com/archives/2015/01/demand-factors-in-the-collapse-of-oil-prices>, 11. Januar 2015.

IfW (2016), *Zu den Ursachen der jüngsten Ölpreisentwicklungen*, Weltkonjunktur im Frühjahr 2016, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Konjunkturberichte Nr. 15, Kiel.

IWF (2016), *Subdued demand, diminished prospects*, World Economic Outlook Update, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.

IWF (2015), *Cross currents*, World Economic Outlook Update, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.

Kilian, L. und D. Murphy (2012). Why agnostic sign restrictions are not enough: Understanding the dynamics of oil market Var models, *Journal of the European Economic Association* 10, 1166-1188.

Manescu, C.B. und G. Nuño (2015), *Quantitative effects of the shale oil revolution*, Working Paper No. 1855, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Raffelhüschen, B. und S. Moog (2016), Zur fiskalischen Dividende der Flüchtlingskrise: Eine Generationenbilanz, *ifo Schnelldienst* 4/2016, 24-29.

RWI (2016), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigem Fahrwasser, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, *RWI Konjunkturbericht* 67/1, Essen.

Weise, F.-J. (2016), Interview mit der Passauer Neuen Presse, 3. März 2016
<http://www.bamf.de/DE/Service/Top/Presse/Interviews/20160303-PassauerNeuePresse/weise-passauer-neue-presse.html>